„Europa verbinden: Finanzierungen für Mobilität und nachhaltige Städte" S.5 • EBWE, EIB und Weltbankgruppe bündeln Finanzhilfe für Mittel- und Osteuropa S.12 • Befragung der Öffentlichkeit zum EIB-Grundsatzpapier zu Umwelt- und Sozialfragen S.15 • EIB finanziert Umsetzung des „Plan Energie Solaire" der Region Poitou-Charentes S.19 • Fünfte FEMIP-Konferenz: KMU im Mittelmeerraum S.20 • Sauberes Trinkwasser für die ärmsten Gegenden Malawis S.22 • Ausbau des Panamakanals S.26

INFO 134

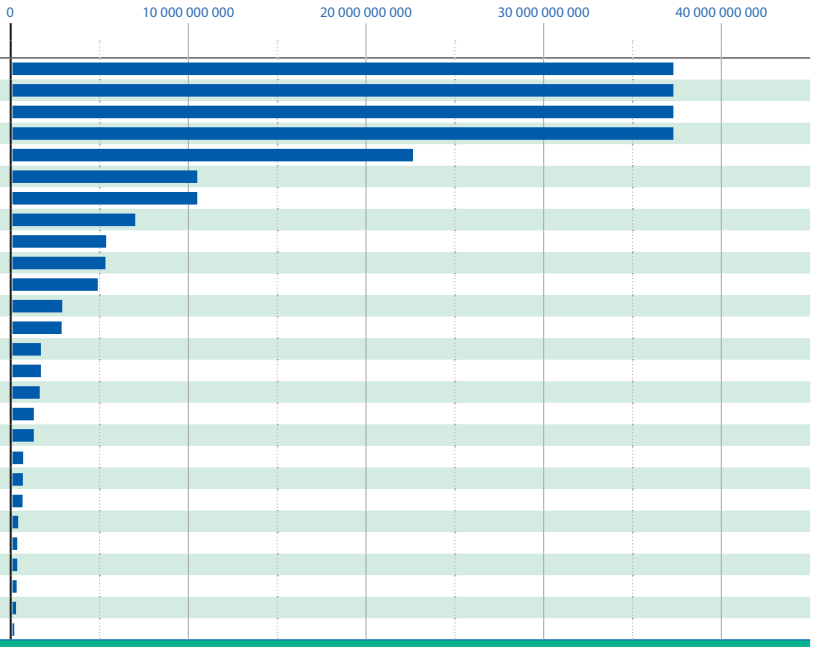
Das Informationsmagazin der **Europäische Investitionsbank-Gruppe** • 1 – 2009 • ISSN 0250-3883

EIB unterstützt Konjunkturerholung in der EU

Die EIB stellt sich den Herausforderungen, die sich aus dem Konjunkturabschwung ergeben. 2008 steigerte die Bank ihre gesamte Darlehensvergabe um 21% auf 57 Mrd EUR. In den nächsten zwei Jahren wird die Bank ihren Beitrag zur Konjunkturerholung in Europa weiter verstärken. Um ihre neuen Ziele für die Darlehensvergabe erreichen zu können, hat die EIB ihr gezeichnetes Kapital zum 1. April um rund 67 Mrd EUR auf 232,4 Mrd EUR erhöht. Die Erhöhung erfolgte durch einen Transfer aus den zusätzlichen Rücklagen der EIB in ihr Kapital.

Zusammensetzung des Kapitals der EIB am 1. April 2009

	Betrag (EUR)	
Deutschland	37 578 019 000	DE
Frankreich	37 578 019 000	FR
Italien	37 578 019 000	IT
Ver. Königreich	37 578 019 000	GB
Spanien	22 546 811 500	ES
Niederlande	10 416 365 500	NL
Belgien	10 416 365 500	BE
Schweden	6 910 226 000	SE
Dänemark	5 274 105 000	DK
Österreich	5 170 732 500	AT
Polen	4 810 160 500	PL
Finnland	2 970 783 000	FI
Griechenland	2 825 416 500	GR
Portugal	1 820 820 000	PT
Tschech. Republik	1 774 990 500	CZ
Ungarn	1 679 222 000	HU
Irland	1 318 525 000	IE
Rumänien	1 217 626 000	RO
Slowakei	604 206 500	SK
Slowenien	560 951 500	SI
Bulgarien	410 217 500	BG
Litauen	351 981 000	LT
Luxemburg	263 707 000	LU
Zypern	258 583 500	CY
Lettland	214 805 000	LV
Estland	165 882 000	EE
Malta	98 429 500	MT
Summe	**232 392 989 000**	



INFO 134

Das Informationsmagazin der **Europäische Investitionsbank-Gruppe** • 1 – 2009 • ISSN 0250-3883

TÄTIGKEIT DER EIB-GRUPPE

EIB unterstützt Konjunkturerholung in der EU	1
Europa verbinden: Finanzierungen für Mobilität und nachhaltige Städte	5
EBWE, EIB und Weltbankgruppe bündeln Finanzhilfe für Mittel- und Osteuropa	12
Das Aktionsprogramm der EIB für Universitäten	14
Befragung der Öffentlichkeit zum EIB-Grundsatzpapier zu Umwelt- und Sozialfragen	15

IN DER EU

Europäische Banken schaffen eine Quellensammlung über die EU-Umweltbestimmungen	16
EIB und Portugal koordinieren ihre Unterstützung für wichtige Infrastrukturmaßnahmen	17
EIB unterstützt Forschung und Innovation in Ungarn	18
EIB finanziert Umsetzung des „Plan Energie Solaire" der Region Poitou-Charentes	19

AUSSERHALB DER EU

Fünfte FEMIP-Konferenz: KMU im Mittelmeerraum	20
Sauberes Trinkwasser für die ärmsten Gegenden Malawis	22
Zinsvergütungen: Der Entwicklungsaspekt rückt in den Mittelpunkt der Tätigkeit der EIB in den AKP-Staaten	24
EIB und CAF intensivieren Zusammenarbeit in der Andenregion	25
Ausbau des Panamakanals	26

INTERNE FRAGEN

Neues JASPERS-Büro in Sofia	29
Italiens Präsident Giorgio Napolitano zu Besuch bei der EIB	30
Die Zivilgesellschaft im Mittelpunkt: neue Subsite auf der EIB-Website	30
„Regards croisés" – Gemeinsame Ausstellung der Kunstwerke von EIB und BCEE	31
Neue Veröffentlichungen der EIB	32

EIB-Informationen ist eine periodisch erscheinende Veröffentlichung der Hauptabteilung Kommunikation der Europäischen Investitionsbank.

Verantwortlicher Herausgeber: Daniela Sacchi-Cremmer.

Layout: EIB-Grafikatelier, Sabine Tissot

Fotos: Bildarchiv EIB, Renfe: Patier, Autoridad del Canal de Panama (AKP), Electrolux Lehel Ltd.

Der Nachdruck der in den EIB-Informationen erscheinenden Artikel ist gestattet. Um einen Quellennachweis und um Übermittlung eines Belegexemplars wird gebeten.

2008 erhöhte die Bank ihre Darlehensvergabe um 21% auf 57 Mrd EUR nach 48 Mrd EUR im Jahr 2007. Von diesem Gesamtbetrag entfielen rund 90% (51,4 Mrd EUR) auf die EU-Länder. Die Darlehen wurden zu einem großen Teil zur Unterstützung von KMU gewährt. In diesem Bereich stieg die Finanzierungstätigkeit um 42% auf 8,1 Mrd EUR (2007: 5,7 Mrd EUR). Mehr als die Hälfte der Mittel wurden im vierten Quartal vergeben.

Die Darlehensunterzeichnungen nahmen gegen Jahresende stark zu. Infolgedessen stiegen die Auszahlungen um 12% (48,6 Mrd EUR). „Wir tun unser Bestes, so zügig wie möglich auf die Aufforderung der EU-Mitgliedstaaten, die unsere Anteilseigner sind, zu reagieren", erklärte EIB-Präsident Philippe Maystadt auf der Jahrespressekonferenz am 9. März in Brüssel. Er verwies insbesondere auf die zügige Ausweitung der Finanzierungstätigkeit in den EU-Mitgliedstaaten zwischen Oktober 2008 und Ende Februar 2009 (31,3 Mrd EUR bzw. +38% gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres).

Um die höhere Darlehensvergabe zu refinanzieren, hat die EIB das Volumen ihrer Anleiheemissionen deutlich erhöht, und zwar von 55 Mrd EUR im Jahr 2007 auf nunmehr 59 Mrd EUR. Zum Jahresende wurde die Mittelaufnahme aufgrund der angespannteren Lage am Markt schwieriger. Trotz der enormen Zunahme an Staatsanleihen auf dem Markt ist es der Bank dennoch gelungen, im ersten Quartal 2009 bereits mehr als ein Drittel ihres Mittelbeschaffungsprogramms für 2009 umzusetzen.

Kapitalerhöhung zur Unterstützung der neuen Ziele für die Darlehensvergabe

In Anbetracht der sich rasch verschlechternden Lage an den Finanzmärkten und der Ausweitung der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 wird die Bank ihre Finanzierungstätigkeit zur Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung in Europa weiter verstärken. Im Dezember 2008 genehmigte der Verwaltungsrat der EIB[1] den Operativen Gesamtplan für den Zeitraum 2009-2011[2], in dem ein höheres Finanzierungsvolumen und andere konkrete Maßnahmen vorgesehen sind, mit denen die EIB zur Bekämpfung der Krise beitragen will.

Durch das „EIB-Konjunkturpaket" erhöht die Bank ihre Darlehensvergabe 2009 und 2010 jeweils um 15 Mrd EUR gegenüber den vergangenen Jahren. Dieses Paket zielt auf drei Schlüsselbereiche ab: kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie Midcap-Unternehmen, weniger wohlhabende Konvergenzregionen[3] in Europa und Bekämpfung des Klimawandels unter anderem durch die Herstellung umweltfreundlicher Autos im Rahmen der Europäischen Fazilität für umweltfreundlichen Verkehr (ECTF).

---

[1] Der Verwaltungsrat besteht aus 28 Mitgliedern, wobei jeder Mitgliedstaat durch ein ordentliches Mitglied vertreten ist. Hinzu kommt ein ordentliches Mitglied als Vertreter der Europäischen Kommission.

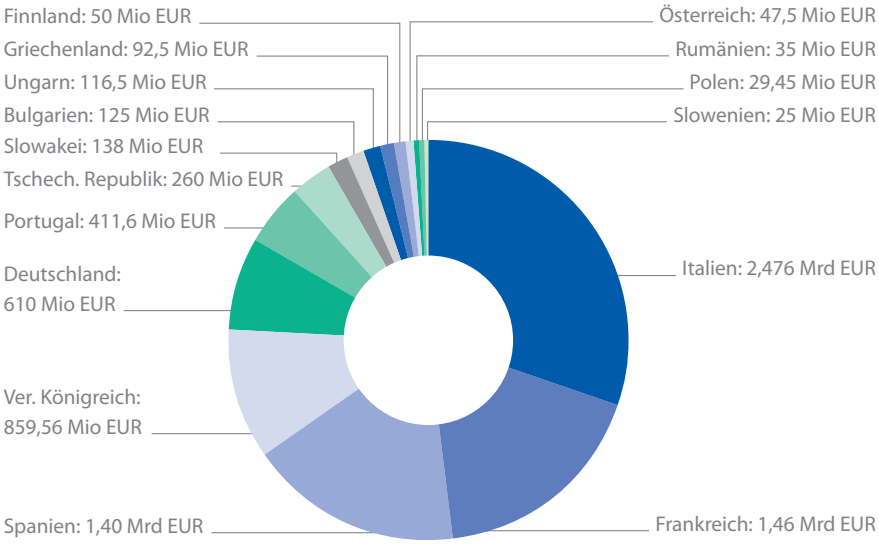
[2] Im Operativen Gesamtplan (OGP) wird die Strategie der EIB in Form von operativen Prioritäten und Zielen für einen Zeitraum von drei Jahren formuliert und quantifiziert; der OGP bildet das für die Mitarbeiter der EIB maßgebliche Dokument.

[3] Die Finanzierungen der EIB zugunsten des Konvergenzziels decken insgesamt 113 Regionen in der EU-27 mit 190 Millionen Einwohnern ab. Diese Regionen erhalten auch die umfassendste Unterstützung aus den Struktur- und dem Kohäsionsfonds. Im Zeitraum 2007-2013 werden aus den Strukturfonds Zuschüsse von 347 Mrd EUR zur Verfügung gestellt.

Gill Tudor, Banksprecherin, Philippe Maystadt, Präsident der EIB, und Philippe de Fontaine Vive, EIB-Vizepräsident

Die EIB fördert Kleinstunternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten.

Geografische Aufgliederung der Darlehen für KMU im Jahr 2008



Damit die EIB das angestrebte höhere Finanzierungsvolumen realisieren kann, beschloss der Verwaltungsrat am 16. Dezember 2008 außerdem, dem Rat der Gouverneure vorzuschlagen, die ursprünglich für 2010 vorgesehene Kapitalerhöhung der Bank vorzuziehen.

Zum 1. April erhöhte die EIB ihr gezeichnetes Kapital um rund 67 Mrd EUR auf 232,4 Mrd EUR. Wie bisher beträgt die Einzahlungsquote 5% des gezeichneten Kapitals. Die Erhöhung des eingezahlten Kapitals erfolgte durch einen Transfer aus den zusätzlichen Rücklagen der EIB in ihr Kapital. Den Mitgliedstaaten entstanden dadurch keine Kosten.

Die Kapitalerhöhung war notwendig, da im Zuge der für 2009 und 2010 geplanten Erhöhung der Darlehensvergabe um jeweils 15% die ausstehenden Darlehen und Garantien der Bank die satzungsmäßige Obergrenze von 250% des gezeichneten Kapitals[4] überschreiten würden. Mit der Erhöhung des Kapitals auf 232,4 Mrd EUR steigt die satzungsmäßige Obergrenze auf 581 Mrd EUR. Damit ist die Bank in der Lage, ihre Darlehenstätigkeit wie vorgesehen auszuweiten.

1. Verstärkte Unterstützung von KMU

Im September 2008 führte die EIB mit dem „EIB-Darlehen für KMU" ein neues Produkt ein. Diese neue Art von Darlehen ist einfacher und flexibler und ermöglicht es den europäischen Banken, alle Arten von Investitionen europäischer Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten zu finanzieren. Finanziert werden können Sachanlagen, immaterielle Vermögenswerte oder die Erhöhung des Betriebskapitals.

Das neue Ziel für die Darlehensvergabe an KMU wurde bereits 2008 übertroffen: Die EIB unterzeichnete Darlehen für KMU im Gesamtbetrag von 8,1 Mrd EUR (2007: 5,7 Mrd EUR). Parallel dazu gewährte der Europäische Investitionsfonds (EIF), die auf die KMU-Förderung spezialisierte Tochtergesellschaft der EIB-Gruppe, Geschäftsbanken für ihre KMU-Darlehensportfolios Garantien im Umfang von 2 Mrd EUR und beteiligte sich mit mehr als 400 Mio EUR an Risikokapitalfonds.

Unterstützt wurde die EIB bei der Ausweitung ihrer KMU-Finanzierungstätigkeit auch durch die Ergebnisse der 2007 und 2008 durchgeführten Konsultation der Akteure des KMU-Markts (Handelskammern, Berufs- und Arbeitgeberverbände, Geschäftsbanken sowie öffentliche Stellen der 27 Mitgliedstaaten). Durch die Konsultation hat die Bank einen besseren Einblick in den KMU-Markt erhalten und kann daher gezieltere Unterstützung anbieten. Diese ist insbesondere auf Unternehmen ausgerichtet, die beim Zugang zu Fremdmitteln immer wieder auf Schwierigkeiten stoßen (Mikrounternehmen mit weniger als 10 Mitarbeitern, wachstumsstarke „Gazellen" sowie KMU, die in immaterielle Vermögenswerte wie Forschung oder Ökotechnologien investieren wollen).

2009 wird die EIB eine neue Produktlinie entwickeln, die die Risikoteilung mit Banken ermöglicht. Ein ähnlicher, ergänzender Ansatz wird derzeit für Midcap-Unternehmen entwickelt. Die Initiative ist mit zusätzlich 1 Mrd EUR pro Jahr ausgestattet. Darüber hinaus hat die EIB den EIF mit der Bereitstellung von Mezzanine-Finanzierungen beauftragt, und eine neue Initiative für Mikrokreditinstitute (JASMINE – vgl. EIB-Info 132) wird von der EIB, dem EIF und der Europäischen Kommission aufgelegt.

2. Zusätzliche Unterstützung für Mittel- und Osteuropa

Da sich die Finanzkrise auf bestimmte Mitgliedstaaten besonders stark auswirkt, wird die Bank ihre Darlehensvergabe an ärmere Regionen vor allem in Mittel- und Osteuropa ausweiten und damit zum Konvergenzziel beitragen. Im Rahmen ihrer verstärkten Ausrichtung auf KMU stellt die EIB bereits 8,5 Mrd EUR zur Unterstützung von KMU in den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie in den Kandidatenländern bereit. Die Mittel werden über den nationalen Bankensektor weitergeleitet. Die Bank ist bereit, diesen Betrag in den nächsten zwei Jahren bei Bedarf weiter zu erhöhen.

Darüber hinaus verwaltet die EIB das JASPERS-Programm. JASPERS (Joint Assistance to Support Projects in European Regions – Gemeinsame Hilfe bei der Unterstützung von Projekten in europäischen Regionen) ist eine Partnerschaft für technische Hilfe zwischen der Europäischen Kommission, der EIB, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). JASPERS unterstützt die Mitgliedstaaten und Regionen, die für Zuschüsse aus den Strukturfonds in Betracht kommen, bei der Vorbereitung umfangreicher Projekte, die der Kommission vorgeschlagen werden sollen.

[4] Gemäß Artikel 18 Absatz 5 der Satzung der EIB dürfen die jeweils ausstehenden Darlehen und Garantien der Bank zu keinem Zeitpunkt 250% des gezeichneten Kapitals übersteigen.

Im Jahr 2008 brachte JASPERS 82 Projekte zum Abschluss und leistete für rund 280 aktive Unterstützung. Werden diese von der Europäischen Kommission genehmigt, fließen aus den Strukturfonds Finanzierungsmittel von rund 51 Mrd EUR. Das JASPERS-Portfolio ist auf fünf Sektoren ausgerichtet: Straßen (19%), Eisenbahnen/Häfen/Flughäfen (21%), Stadtentwicklung (13%, einschließlich städtischer Nahverkehr und Energieeffizienz), Wasser/Abwasser (24%), Feststoffabfälle/Energie (17%) sowie rund 8% für Infrastrukturprojekte in den Bereichen Telekommunikation, Kultur und FuE.

3. Energie und Klimaschutz

Das Energie- und Klimaschutzpaket, das die EIB im Dezember 2008 verabschiedet hat, umfasst unter anderem die Europäische Fazilität für umweltfreundlichen Verkehr (ECTF). Mit der Fazilität wird eine deutliche Senkung der Emissionen von CO_2 und anderen Schadstoffen im europäischen Verkehrssektor angestrebt, was durch die Unterstützung von Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsvorhaben sowie durch die Förderung von Sachinvestitionen in Produktionsanlagen und die dazu gehörige Infrastruktur erreicht werden soll. Die Fazilität wird die führende Position Europas in der Entwicklung kraftstoffeffizienter Fahrzeuge stärken und dazu beitragen, den CO_2-Fußabdruck des Verkehrssektors zu verkleinern.

Im Dezember 2008 unterzeichnete die Bank mit dem italienischen Unternehmen Piaggio das erste Darlehen im Rahmen der ECTF. Im Januar 2009 folgte ein Darlehen an Volkswagen. Im März 2009 wurden weitere Darlehen an Kraftfahrzeughersteller in mehreren EU-Ländern vergeben, darunter an BMW, Daimler, Fiat, PSA Peugeot-Citroën, Renault, Volvo Cars, Scania und Volvo Trucks.

Nach Aussage von Philippe Maystadt wird die EIB bis zur Jahresmitte Darlehen von insgesamt 7 Mrd EUR an den europäischen Automobilsektor gewähren.

Aufgrund der enorm hohen Nachfrage aus dem Automobilsektor hat die EIB für ihre Finanzierungen eine jährliche Obergrenze von 400 Mio EUR pro Unternehmen festgelegt, um ein zu starkes Engagement bei einzelnen Firmen zu vermeiden. „Natürlich sind wir bereit, uns noch mehr zu engagieren, aber wir dürfen uns auch nicht zu sehr auf einen einzelnen Sektor konzentrieren. Da gibt es gewisse Grenzen."

Die große Bedeutung, die die Europäische Union der Energiepolitik beimisst, spiegelt sich in der Strategie der EIB für den Energiebereich umfassend wider. Energie ist ein zentrales Thema, das in allen Tätigkeitsbereichen der Bank eine Rolle spielt und Eingang in ihre Finanzierungen findet, selbst wenn diese eigentlich andere Prioritäten betreffen.

2008 gewährte die EIB für Energieprojekte Darlehen von 8,6 Mrd EUR (2007: 6,8 Mrd EUR). Die Darlehensbeträge für Projekte im Bereich erneuerbare Energien (einschließlich der Produktion von Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern) beliefen sich 2008 auf 2,2 Mrd EUR.

Ein großer Teil der Finanzierungen der EIB im Energiesektor entfiel auf die Stromnetze (28%) sowie auf die Infrastrukturen für den Transport und die Lagerung von Erdgas (21%). Die unterzeichneten Darlehen für Vorhaben zum Bau bzw. Ausbau der Transeuropäischen Energienetze beliefen sich 2008 auf insgesamt 2,9 Mrd EUR; 1,4 Mrd davon entfielen auf Infrastrukturen für den Gastransport, die zur Diversifizierung und Sicherung der Energieversorgung in der EU beitragen.

Darüber hinaus hat die Bank aktiv am Aufbau des Globalen Dachfonds für Energieeffizienz und erneuerbare Energien (GEEREF) mitgewirkt, der vom EIF verwaltet wird und über regionale Unterfonds kleine und mittlere Investitionsvorhaben in den genannten beiden Bereichen fördern soll, die in Entwicklungs- und Schwellenländern durchgeführt werden.

4. 10 Mrd EUR zur Verbesserung der Verkehrsverbindungen in der EU

Die EIB-Darlehen für den Ausbau der Transeuropäischen Verkehrsnetze beliefen sich auf fast 10 Mrd EUR.

Öffentlich-private Partnerschaften (PPP) spielen bei Investitionen in die TEN-Verkehrsnetze eine wichtige Rolle. 2008 entfielen auf PPP-Projekte 30% der Darlehensvergabe für TEN-Verkehrsvorhaben. Gemeinsam mit der Europäischen Kommission und den EU-Mitgliedstaaten hat die EIB 2008 außerdem das Europäische PPP-Kompetenzzentrum (European PPP Expertise Centre – EPEC) eingerichtet. Das EPEC soll den effizienten Austausch von Erfahrungen und allgemein anerkannter Praxis bei PPP-Vorhaben erleichtern (vgl. EIB-Info 132, S. 11).

Ferner hat sich die EIB an der Einrichtung eines Kreditgarantieinstruments für TEN-Verkehrsprojekte (Loan Guarantee Instrument for TEN-Transport, LGTT) beteiligt. Die EIB hat für das LGTT 500 Mio EUR aus ihrer Fazilität für Strukturierte Finanzierungen (FSF) bereitgestellt. Weitere 500 Mio EUR wurden aus EU-Haushaltsmitteln für den Zeitraum 2007-2013 zugewiesen. Die erste Operation (in Portugal) wurde 2008 genehmigt, und die ersten Unterzeichnungen sind für 2009 geplant. Das LGTT funktioniert wie ein Mezzanine-Produkt – es deckt die mit dem Verkehrsaufkommen verbundenen Einnahmerisiken in der kritischen Anlaufphase von Projekten ab und erleichtert die Beteiligung des Privatsektors an PPP-Vorhaben.

5. Mehr FEI-Finanzierungen durch Risikoteilung

2008 konnte die EIB ihre Finanzierungen für Vorhaben im Bereich Forschung, Entwicklung und Innovation (FEI) auf 7,1 Mrd EUR steigern.

Gleichzeitig bot die Bank im Rahmen der Fazilität für Finanzierungen auf Risikoteilungsbasis (RSFF) Darlehen mit Risikoteilung an. Die RSFF ist eine innovative Fazilität, die privaten Unternehmen oder öffentlichen Einrichtungen, die FEI-Projekte durchführen, den Zugang zu Finanzierungsmitteln erleichtert. Die RSFF basiert auf dem Grundsatz der Teilung des Kreditrisikos zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der EIB und ermöglicht es der Bank, mehr Darlehen für Vorhaben zu vergeben, die mit größeren finanziellen Risiken verbunden sind, als es normalerweise akzeptabel ist.

Zum Jahresende 2008 hatte die EIB aus Mitteln der RSFF Darlehen im Gesamtbetrag von rund 1,5 Mrd EUR für 15 hoch innovative Vorhaben vergeben. ■

Daniela Sacchi-Cremmer,
Hauptabteilung Kommunikation

EIB FORUM 2009

„Europa verbinden: Finanzierungen für Mobilität und nachhaltige Städte“

Ohne nachhaltigen Verkehr kann es keine nachhaltigen Städte geben, und die Verkehrspolitik ist der Schlüssel dazu, Europa aus der Wirtschaftskrise zu führen. Dies war die wichtigste und herausragendste Botschaft des EIB-Forums, das am 13. und 14. März 2009 in Barcelona stattfand. 650 Delegierte aus 35 Ländern waren zu Gast und ließen sich im Rahmen von Diskussionen und der Suche nach Lösungen für die gemeinsamen Probleme im Zusammenhang mit Menschen und Wirtschaftsströmen, Investitionen und langfristig tragfähigen urbanen Zukunftskonzepten von Rednern aus ganz Europa inspirieren.

Carlos da Silva Costa, EIB-Vizepräsident

Prof. Greg Clark mit Joe Huxley und Tim Moonen

Seit 2004 hat die EIB 25 Mrd EUR in die Stadtentwicklung in Europa investiert und bleibt damit ein wichtiger Akteur bei der Lösung dieser Probleme.

Finanzinstitute wie die EIB bieten wirkungsvolle Instrumente, um die langfristigen Herausforderungen Europas im Kontext einer von Unsicherheit geprägten näheren Zukunft angehen zu können. Sie sorgen für den Zufluss von Kapital in ein dringend benötigtes Finanz- und Investitionssystem, die Möglichkeit zur Integration langfristiger Ziele in effiziente kurzfristige Investitionspläne und für Vertrauen im Markt, dass Investitionen, die heute in langfristige Ziele getätigt werden, ein entscheidendes Mittel sind, um die derzeitigen Herausforderungen zu bewältigen und optimal positioniert zu sein, wenn sich die Bedingungen zum Besseren wenden.

„Ein integrierter Stadtentwicklungsplan ist das beste Instrument, um Effizienz mit sozialen und ökologischen Verbesserungen zu verbinden."

Philippe Maystadt, Präsident der EIB

Die Chancen der Krise nicht ungenutzt lassen

Der Schwerpunkt der zweitägigen Konferenz lag auf den kritischen Themen der Finanzierung von Mobilität und nachhaltigen Städten. Das Ziel der Investitionen in die intra- und interurbane Verkehrsinfrastruktur ist die Verbesserung der Verbindungen zwischen den Zentren der „Inspiration und Innovation", die die städtischen Großräume in Europa darstellen.

Den Städten Europas eröffnet sich die außergewöhnliche Chance, Verkehrslösungen ergänzend zur Erreichung von Nachhaltigkeitszielen zu finden, allerdings nur dort, wo Governance- und Investitionsprozesse innerhalb eines integrativen Rahmens optimiert werden können. Produktive Mobilität und nachhaltige Städte sind sich gegenseitig fördernde Ziele, die sowohl zur Bewältigung der aktuellen Wirtschaftskrise als auch zu schnelleren Fortschritten in Bezug auf eine bessere soziale und ökologische Zukunft in Europa beitragen. Große, antizyklische Infrastrukturinvestitionen stellen eine Chance zur Schaffung von Wohlstand und Arbeitsplätzen dar, während sie einen dauerhaften Beitrag zur Entwicklung der Europäischen Union insgesamt leisten. Um die erwartete Zunahme der Verkehrsnachfrage decken zu können, bedarf es integrierter urbaner Strategien.

Die in Barcelona, Katalonien und an anderen spanischen Standorten gewonnenen Erfahrungen sind gute Beispiele dafür, wie im Rahmen kombinierter öffentlicher und privater Finanzierungen in die Infrastruktur investiert werden kann, um umfassendere Ziele einschließlich wettbewerbsfähige Verkehrsverbindungen, attraktive und nachhaltige Städte und mehr Klimaschutz zu realisieren. Die EIB unterhält aktive Kooperationspartnerschaften auf allen drei Ebenen der staatlichen Verwaltung.

Verbindungen herstellen: Interurbaner und interregionaler Verkehr

Im Laufe der eröffnenden Plenarsitzung kristallisierten sich mehrere Top-Themen heraus, die sich schwerpunktmäßig auf die wichtigsten Entwicklungen im innerstädtischen europäischen Verkehr und der sich abzeichnenden Balance zwischen Wettbewerb und Kooperation zwischen den Verkehrsarten konzentrierten:

Der wachsende Infrastrukturbedarf: Der nationale demografische Wandel und die Intensivierung des internationalen Handels sind die Hauptfaktoren für die steigende Transportnachfrage in den kommenden Jahrzehnten und lassen die Notwendigkeit einer adäquaten Projektfinanzierung für große Infrastrukturprogramme erneut ins Rampenlicht rücken.

Balance zwischen Wettbewerb und Kooperation: Zur Optimierung der Ergebnisse im Bereich Verkehrsinfrastruktur muss der regulierte Wettbewerb am Markt parallel zur Kooperation im öffentlichen Sektor gleichermaßen gefördert werden.

Koordination zur Erzielung von wirkungsvollen Effekten: Trotz einer Reihe von Erfolgen in Bezug auf Sicherheit und Effizienz und einer Verlagerung hin zu innovativem vorausschauendem Denken stellen die mangelnde Systematisierung und Koordination nach wie vor ein Hindernis für die Erwirtschaftung höherer Investitionsrenditen dar und die Fragmentierung zwischen den diversen Aktivitäten und politischen Zielen, die eine stärkere Integration erfordern, hält an.

Das Rad nicht neu erfinden: Der durch die bestehenden Finanzierungsinstrumente generierte Nutzen kann gesteigert werden, wenn die richtige Mischung aus öffentlich-privaten und anderen Investitionsmitteln eingesetzt wird.

„Die Verkehrspolitik ist äußerst wichtig, um die Europäer aus der Krise und in einen sicheren Hafen zu führen."

Antonio Tajani, Vizepräsident der EU-Kommission und Kommissar für Verkehr

Die Krise nutzen: Die Wirtschaftskrise stellt eine seltene Gelegenheit dar, den Verkehrssektor erneut als vorrangiges politisches Thema zu etablieren und die EU aufgrund ihrer Unterstützung von Großprojekten, die auch anderen politischen Zielen dienen können (wie z.B. der Bekämpfung des Klimawandels und der Schaffung von Arbeitsplätzen), als weltweit führenden Akteur im Bereich innovative Verkehrskonzepte zu bestätigen.

Infrastruktur in Stadt- und Ballungsgebieten

Eine hochrangig besetzte Podiumsrunde mit drei Führungspersönlichkeiten aus Mittelmeerstädten diskutierte darüber, wie Städte und Großstadtregionen in Europa infrastrukturbezogene Probleme meistern, neue Projekte finanzieren und Nachhaltigkeitsgrundsätze integrieren können. Der dabei erzielte Konsens stellt sich wie folgt dar:

Die lokale Führung ist von entscheidender Bedeutung: Großstadt- und Kommunalverwaltungen spielen eine unverzichtbare Rolle bei der Steuerung der wirtschaftlichen Erholung, insbesondere indem sie Investitionen und Dienstleistungen, die aktive Unterstützung von Projekten des privaten Sektors und die Förderung von sozialer Integration und ökonomischen Belangen aufrechterhalten.

Die Führung übernehmen, Konzepte aber gegebenenfalls anpassen: Großstadt- und Kommunalbehörden müssen die Führung bei der Festlegung der Möglichkeiten und Richtung für die mittelfristige Entwicklung übernehmen und ihre lokale Agenda entsprechend den Zielen der regionalen und nationalen Führung anpassen.

Die richtigen technischen Kompetenzen entwickeln: Viele europäische Stadtverwaltungen sind dabei, ihre technischen Kompetenzen nach und nach zu verbessern, müssen aber weiterhin in Expertenwissen investieren und ihren Einflussbereich in Bezug auf ihre administrative Verantwortung und Kapazität erweitern.

Innovative Finanzierung ist wichtig: Innovationen auf lokaler Ebene bieten wichtige neue Quellen für ergänzende Finanzierungen.

Die spanische Perspektive

Spanien und die Region Katalonien sind ein gutes Beispiel für die sozialen und ökologischen Vorteile, die mit nachhaltigen Investitionen in eine Verkehrsstrategie einhergehen, die sich auf ein Netz aus nachhaltigen Städten konzentriert. Die Bevölkerung Spaniens hat heute Zugang zu ganz Europa, wodurch gewährleistet ist, dass kein Gebiet isoliert oder ausgegrenzt wird, und sich die Art und Weise verändert, in der Menschen Beziehungen zueinander pflegen und miteinander kommunizieren. Bis 2020 werden 90% der Spanier in weniger als 50 km Entfernung von einem Hochgeschwindigkeitsbahnhof leben.

Der nationale Plan sieht die Reintegration spanischer Städte durch Hochgeschwindigkeitsbahnverbindungen vor und bindet sie besser an das wachsende und integrierte Europa an, wie die spanische Infrastrukturministerin Magdalena Álvarez Arza auf dem EIB-Forum 2009 darlegte. Sein organisatorischer Rahmen hat nicht nur verstärkte Infrastrukturinvestitionen in einem ansonsten ungünstigen Wirtschaftsumfeld, sondern auch die dramatische Verbesserung der Verbindungen bei gleichzeitiger Einhaltung der strengen CO_2-Emissionsstandards ermöglicht. Es nahm jedoch einige Zeit in Anspruch, so Ministerin Alvarez, ‚um das historische Defizit' im Bereich Nachhaltigkeit in Spanien aufzuholen.

Inzwischen hat die EIB auf regionaler Ebene mit Investitionsmitteln von rund 4,2 Mrd EUR dazu beigetragen, die öffentliche Infrastruktur Kataloniens umzugestalten. Der vom katalonischen Wirtschafts- und Finanzminister Antoni Castells i Oliveres formulierte, auf die Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität durch robuste Verkehrs- und Kommunikationsnetze ausgerichtete Masterplan ist ein Beispiel für den Reichtum an Möglichkeiten und bestätigt die Fähigkeit der EIB, eine integrierte Finanzierungspolitik zu betreiben.

Diese Fähigkeit wurde durch den auf dem EIB Forum 2009 unterzeichneten Vertrag über 500 Mio EUR zur Finanzierung der 364 km langen Hochgeschwindigkeitsbahnstrecke Madrid-Valencia durch die EIB als erste Tranche eines Darlehens über 1,3 Mrd EUR unterstrichen. Diese umfangreiche Operation schloss sich an fünf bereits abgeschlossene Finanzierungsverträge in Katalonien im Gesamtwert von 495 Mio EUR an, die Projekte im Rahmen der U-Bahn-Linie 9 in Barcelona sowie im FuE-, Energie- und Umweltsektor der Region betreffen.

Auf dem Weg zu umweltfreundlichem und nachhaltigem Wachstum

Die Aktivitäten im Verkehrssektor boomen, doch es bleibt noch viel zu tun, insbesondere im Hinblick auf die Reduzierung der negativen Auswirkungen des Fahrzeugverkehrs. Das Auto ist bei 75% aller unternommenen Fahrten in Europa nach wie vor das bevorzugte Verkehrsmittel. Daher steht die Verbesserung der Fahrzeugqualität im Mittelpunkt eines jeden Ansatzes für nachhaltigen Verkehr in Europa. Es wird kein langfristiges und dauerhaftes Wachstum als Reaktion auf diese Wirtschaftskrise geben, wenn dieses Wachstum nicht umweltfreundlich und nachhaltig ist. EIB-Vizepräsident Philippe de Fontaine Vive unterstrich, dass auch ein besser verteiltes Wachstum wichtig ist. Nicht vergessen werden dürfen die sozialen Herausforderungen für die Entwicklungsagenda. Wir müssen dafür sorgen, dass die besseren Verkehrsverbindungen der breiteren Bevölkerung in Form adäquater Tarife und einer angemessenen Planung zugute kommen.

Antoni Castells i Oliveres, Wirtschafts- und Finanzminister in der Verwaltung der Autonomen

„Der Klimawandel ist die größte Herausforderung für den Verkehr, mit der er je konfrontiert war, doch steht der Verkehrssektor vor großen Problemen… wir können diese Ziele kombinieren."

Jack Short, Generalsekretär, International Transport Forum

Region Katalonien legte die katalanische Perspektive insbesondere unter Berücksichtigung der Rezession dar. Er machte deutlich, dass es bei der Sicherung der anhaltenden Wettbewerbsfähigkeit der katalanischen Wirtschaft um mehr geht als nur Produktivität. Ebenso entscheidend ist es, in strategische Faktoren wie Verkehr, Kommunikation und Mobilität zu investieren.

Er führte aus, dass der EIB eine entscheidende Rolle zukommt und dass sie in Katalonien bereits Infrastrukturprojekte im Gesamtwert von 4,2 Mrd EUR finanziert hat. Außerdem setzte er sich für eine aktive Kooperation auf europäischer Ebene zur Bewältigung einer Krise von „noch nie dagewesener Intensität" ein.

Ökologische Vorgaben für den Interurbanen und Interregionalen Verkehr

Die Teilnehmer einer Podiumsdiskussion, die ein breites gesamteuropäisches Spektrum repräsentierten, kamen in Bezug auf drei vordringliche Themen im Zusammenhang mit den Umweltparametern der Nachhaltigkeit im Verkehrssektor zu einem mehrheitlich getragenen Konsens:

Bessere Nutzung marktbasierter Instrumente: Trotz allmählicher Fortschritte müssen in einem sehr viel breiteren und konkreteren Umfang marktbasierte Instrumente genutzt werden, um Verhaltensänderungen und die Akzeptanz neuer Technologien zu bewirken. Die sozialen und ökologischen Kosten aller Arten müssen in Investitionsprogramme einbezogen werden, damit Anreize für neue Arten von verantwortungsbewussten Projekten geschaffen werden.

Energieeffizienz: Die Energieeffizienzgewinne im Verkehrssektor sind im Allgemeinen enttäuschend. Die Verbesserungen in der Luftverkehrstechnik sind begrüßenswert, werden aber mittelfristig nicht besonders dramatisch sein.

Gewährleistung eines ausgewogenen Ansatzes: Es besteht ein zunehmendes Missverhältnis zwischen den teuren Hochgeschwindigkeitsbahnverbindungen in Westeuropa und der angesichts unzureichender Instandhaltungsinvestitionen rückläufigen Eisenbahnnutzung in Mittel- und Osteuropa. Investitionen sollten vorrangig wieder auf eine ausgewogenere Segmentierung des Regionalverkehrs ausgerichtet werden, wobei mehr Wert auf Sanierung und Pragmatismus gelegt werden sollte.

„Das wahre Problem ist der Straßenverkehr... Die Technologie gibt es bereits, aber ihre Entwicklung muss durch eine Kombination aus Investitionen und Politik beschleunigt werden."

Jeremy Drew, Senior-Politikberater, Gemeinschaft der Europäischen Bahnen und Infrastrukturgesellschaften (CER)

Orte für Menschen: Soziale Erfordernisse der Entwicklung von Städten und Ballungsgebieten

Gegenstand der Betrachtungen der Vertreter lokaler und regionaler Behörden beim EIB-Forum waren auch die Verkehrskapazität und das Verkehrspotenzial zur Deckung akuter sozialer Bedürfnisse in städtischen Gebieten. Bei ihren Statements griffen die Podiumsteilnehmer auf Erfahrungen in Piemont, Rotterdam und sogar Südamerika zurück und setzten sich für einen integrativen ganzheitlichen und vollständig mit Sozialagenturen koordinierten Stadtplanungsrahmen zur Verbesserung der Lebensqualität ein. Die Diskussion dehnte sich dann auf die Herausforderungen der Stadterneuerung und Immigration aus, woraus sich eine Reihe von fundierten Ideen ergab:

Die Bedeutung der lokalen Ebene: Die genauen und unterschiedlichen geographischen Strukturen von Städten spielen eine wichtige Rolle. Lösungen für wichtige Verkehrsprobleme werden aufgrund des einzigartigen Charakters einer Stadt zuerst und vor allen Dingen auf lokaler Ebene gefunden.

Ein integrierter Ansatz: Dennoch bedeutet die in Städten herrschende Dichte, dass ihre Attraktivität nur gesteigert werden kann, wenn der Austausch gefördert und die sozialen Beziehungen auf allen Ebenen verbessert werden. Diese Dichte hat auch Auswirkungen auf den Prozess des Verkehrsmanagements selbst. Gezielte Maßnahmen, die auf die Beteiligung vieler Akteure und die Menschen ausgerichtet sind, stehen beispielhaft für das erfolgreiche Management städtischer Mobilität, das die aktive Einbeziehung benachteiligter Gruppen und von KMU als künftig unverzichtbare Partner vorsieht.

Das Stadtzentrum im Brennpunkt: Das Stadtzentrum bleibt ein Schlüsselelement für die urbane Mobilitätsplanung. Durch eine für alle erschwingliche Verkehrsanbindung der Innenstädte und die Ausschöpfung ihres Potenzials für eine Mischnutzung kann die Entwicklung des

„Die Bürger verlangen die gleichen Dienstleistungen zum gleichen Preis – darin liegt ein gewisser Widerspruch. Wir müssen eine geeignete Debatte über die realen Kosten der Leistungen führen, die wir erbringen."

Jordi William Carnes,
Stellvertretender Bürgermeister von Barcelona

Arbeitsmarktes und sozialer Beziehungen gefördert werden. Die EIB kann diese weiter gefassten sozio-ökonomischen Bedingungen bei ihren Finanzierungserwägungen berücksichtigen.

Verkehrsinfrastruktur in regionalen, urbanen und Großstadtgebieten: Finanzierungschancen und Herausforderungen

Bei einer weiteren Podiumsdiskussion wurde die Frage der Planung und Finanzierung von städtischen Verkehrsinfrastrukturentwicklungen erörtert. Dabei ergaben sich folgende Hauptpunkte:

Die Herausforderungen liegen unterhalb der staatlichen Ebene: Die Verschiedenartigkeit von Städten führt dazu, dass Maßnahmen auf lokaler Ebene ergriffen werden müssen, um sowohl die makro- als auch die mikrosozioökonomischen Herausforderungen in angemessener Weise bewältigen zu können. Städte müssen insbesondere aktiv auf den Wirtschaftsabschwung reagieren und darüber nachdenken, welchen Investitionen und Programmen Vorrang eingeräumt werden soll.

Öffentlich-öffentliche Anpassung auf allen Ebenen: Um effiziente und gezielte Antworten auf die Fragen der Mobilität und Nachhaltigkeit geben zu können, ist es von entscheidender Bedeutung, dass Kommunal- und Regionalverwaltungen und nationale Regierungen zusammenarbeiten. Ohne eine Koordination ihrer Maßnahmen gibt es keine stabile Plattform und keine kohärente Gesamtstruktur für die Entwicklung von Lösungen.

Kooperation zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor: Vor kurzem wurde das Urban Investment Network (UIN) ins Leben gerufen, um den Austausch von Ideen, Know-how und Erkenntnissen rund um Investitionen zwischen öffentlichen und privaten Akteuren im Bereich Stadtentwicklung zu fördern. Durch den Aufbau von Beziehungen zwischen diesen beiden Gruppen können selbst im Angesicht der Krise potenziell Finanzierungsmittel freigesetzt werden.

Verlagerung vom projekt- zum systemorientierten Ansatz: Zur Vermeidung eines planlosen und oberflächlichen Ansatzes und um zu einer ganzheitlicheren und tiefer gehenden Form von Stadtentwicklung zu gelangen, müssen wir über Einzelprojekte hinausblicken. Es muss ein systemorientierter Ansatz gefördert werden, der der komplexen Mischung von beteiligten Interessengruppen und maßgeblichen Akteuren hinter der Stadtentwicklung Rechnung trägt. Verkehr ist nicht die einzige Lösung. Es muss ein ausgewogenes Verhältnis zwischen öffentlicher und privater Finanzierung erreicht werden. Die Bürger müssen besser über die Kosten und Vorteile der Infrastrukturentwicklung informiert werden, damit nutzerfinanzierte Projekte besser angenommen werden.

„Wir müssen viele Akteure zusammenbringen, um einen langfristigen Konsens herzustellen."

Carlos da Silva Costa, Vizepräsident der EIB

Nachhaltige Investitionen und Finanzierungen sind wichtiger als je zuvor

Längerfristige, intelligente und nachhaltige Finanzierungen sind unverzichtbar, um europäischen Städten und den nationalen Regierungen/Regionalverwaltungen dabei zu helfen, ihre gebündelten Mobilitäts-/Nachhaltigkeitsziele zu realisieren. Angesichts der Stellung der EIB an den Kreditmärkten und ihrer außergewöhnlichen Fähigkeit, selbst vor dem Hintergrund einer akuten Finanzkrise Investitionen in innovative Verkehrs- und Infrastrukturvorhaben zu generieren, wird die Bank wahrscheinlich eine zentrale Rolle spielen.

Mit geeigneten lokalen und regionalen Führungsstrukturen und langfristigen urbanen und Mobilitätsstrategien können langfristige Investitionen zweckdienlich hochleistungsfähige Logistiksysteme unterstützen, die zur Realisierung der Mobilitäts-, Gesundheits- und Umweltziele der Städte beitragen. Langfristig orientierte Investoren haben eine sehr gute Ausgangsbasis, um im Rahmen einer Reihe dem Aufschwung dienender Infrastrukturprojekte ein Programm zur Neuausrichtung und Modernisierung einzuleiten. Dabei sollten sie über den Zwei- bis Drei-Jahres-Zeithorizont der gegenwärtigen Wirtschaftskrise hinausblicken und das langfristige vorrangige Ziel der Entwicklung nachhaltiger Städte in Verbindung mit der Verbesserung der europäischen Verkehrsnetze vor Augen haben. ■

„Wir glauben, dass wir eine neue Seite in der Geschichte der spanischen Verkehrsnetze aufgeschlagen haben."

Magdalena Álvarez Arza, Ministerin für Infrastruktur, Spanien

„Die EIB sollte ein Beispiel für viele andere Organisationen sein. Sie spielt eine wichtigere Rolle als je zuvor, denn die Projekte, die sie finanziert, tragen zur Transformation unseres Wettbewerbsfähigkeitsmodells bei."

„Die EU wird stärker aus der Krise hervorgehen, wenn sie als Einheit handelt und mit einer Stimme spricht."

Antoni Castells i Oliveres, Wirtschafts- und Finanzminister in der Verwaltung der Autonomen Region Katalonien

Schlussbetrachtungen zum Forum

EIB-Vizepräsident Carlos da Silva Costa beendete das Forum mit einer prägnanten Zusammenfassung des breiten Spektrums von Aspekten, die im Laufe der zweitägigen Veranstaltung angesprochen wurden:

Nachhaltige Städte zeichnen sich durch ein großes Maß an Mobilität und Ressourcen aus: Ohne nachhaltigen Verkehr und nachhaltige Investitionen gibt es keine nachhaltigen Städte. Dazu bedarf es langfristiger Strategien, mit anderen Worten einer Vision dessen, was die Stadt sein kann, sowie der Investitionen, die erforderlich sind.

Die Chance im Abschwung: Die Rezession schafft den Zwang und zugleich die Chance, langfristig statt kurzfristig zu denken. Wir dürfen die bisher geübte, nicht nachhaltige Praxis der reflexartigen Antworten nicht fortsetzen. Unsere Antworten müssen messbar, zielgerichtet und strategisch sein.

Aufbau neuer verlässlicher Finanzstrukturen: Angesichts der so knappen Kreditmittel und der Notwendigkeit von Infrastrukturprojekten ist es von essenzieller Bedeutung, dass wir gezielt neue Wege zur Sicherstellung der Finanzierung erarbeiten. Zurzeit steht eine Palette von Möglichkeiten zur Verfügung und es sollten neue eruiert werden. Dabei ist es allerdings wichtig, dass diese Instrumente robust und verlässlich sind.

Die Rolle der EIB: Die EIB ist ein wichtiger Akteur im Bereich Mobilität und in der Schaffung nachhaltiger Städte in ganz Europa. In den letzten fünf Jahren hat die EIB 25 Mrd EUR in die zahlreichen Facetten der Stadtentwicklung investiert – das entspricht rund 10% ihres gesamten Finanzierungsvolumens. Die EIB ist, insbesondere in dieser Zeit, in der Lage, Vertrauen zu schaffen und den Impuls für neue städtische Investitions- und Entwicklungsprogramme zu geben.

„Um die Leute davon zu überzeugen, ihre Autos zuhause stehen zu lassen, müssen wir in ein erstklassiges öffentliches Verkehrsnetz investieren."

Fernando Gimeno, Vizebürgermeister von Zaragoza

„Kompakte Städte, die Platz zum Arbeiten und zum Leben bieten und familienfreundlich sind, sind eine gute Lösung."

Stellan Fryxell, Projektentwickler bei Hammarby Sjöstad, Stockholm

„Die Regierungen können das nicht allein schaffen. Wir müssen aber sicherstellen, dass marktbedingte Entwicklungen nachhaltig sind."

Judith Borsboom, Niederländische Umweltprüfungagentur

Prof. Greg Clark: Konferenz-Moderator und Berichterstatter, EIB-Forum 2009.

Greg Clark ist ein kompetenter Berichterstatter und Moderator von Konferenzen und öffentlichen Veranstaltungen in den Bereichen Entwicklung und Investitionen. Er arbeitet mit Institutionen auf lokaler, regionaler, nationaler und zwischenstaatlicher Ebene zusammen und hat für die OECD vier Bücher über Fragen der Entwicklung und der Investitionstätigkeit verfasst.

Gegenwärtig erfüllt er mehrere wichtige Aufgaben, darunter: Senior Fellow, Urban Land Institute; Gastprofessor an der Cass Business School, City of London; Vorsitzender des LEED-Forums der Entwicklungsbehörden und Investitionsstrategien der OECD; führender Berater für Stadt- und Regionalentwicklung bei der britischen Regierung; unabhängiger internationaler Berater in Investitions- und Entwicklungsfragen.

Joe Huxley ist Senior Researcher und Senior Associate von Greg Clark. Sein Schwerpunkt liegt auf Fallstudienforschung in den Bereichen Investitionen und Entwicklung sowie strategische Stadt- und Regionalentwicklung.

Als Associate Researcher befasst sich **Tim Moonen** vorrangig mit Fallstudien und der Analyse führender Weltstädte und -regionen.

www.citiesandregions.com

EBWE, EIB und Weltbankgruppe

bündeln Finanzhilfe für Mittel- und Osteuropa

Bis zu 24,5 Mrd EUR für Bankensektor und Bankdarlehen an Unternehmen zugesagt

Die größten multilateralen Geldgeber in Mittel- und Osteuropa – die EBWE, die EIB-Gruppe und die Weltbankgruppe – haben zugesagt, dem Bankensektor der Region bis zu 24,5 Mrd EUR zur Verfügung zu stellen und Kredite an Unternehmen, die von der weltweiten Wirtschaftskrise betroffen sind, zu refinanzieren. Diese Initiative ergänzt die nationalen Maßnahmen zur Krisenbekämpfung und wird rasche, umfangreiche und koordinierte Finanzhilfe der Internationalen Finanzierungsinstitutionen (IFI) mobilisieren, um die Kreditvergabe an die Realwirtschaft, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU), durch private Bankengruppen zu unterstützen. Die Finanzhilfe wird Beteiligungskapital und Fremdmittel sowie Kreditlinien und Versicherungen gegen politische Risiken umfassen. Die Initiative berücksichtigt die unterschiedlichen gesamtwirtschaftlichen Bedingungen in den Ländern Osteuropas sowie den finanziellen Druck auf diese Länder und erkennt so die Vielfältigkeit der Herausforderungen infolge der globalen Finanzkrise an. Im Rahmen des Zweijahresplans wird die EBWE – in Form von Beteiligungskapital, Fremdmitteln an Banken und direkt an KMU sowie Handelsfinanzierungskrediten – im Zeitraum 2009–2010 bis zu 6 Mrd EUR bereitstellen.

Die EIB wird rund 11 Mrd EUR für KMU in Mittel-, Ost- und Südeuropa bereitstellen; davon sind 5,7 Mrd EUR bereits für rasche Auszahlungen verfügbar, weitere 2,8 Mrd EUR sind zur Genehmigung bis Ende April vorgesehen, und weitere Tranchen sollen folgen. Der EIF, die auf Risikokapitalfinanzierungen und KMU-Garantien spezialisierte Tochtergesellschaft der EIB-Gruppe, strebt ebenfalls eine Ausweitung seiner Aktivitäten in der Region in den nächsten zwei Jahren an.

Die Weltbankgruppe wird Finanzhilfe in Höhe von rund 7,5 Mrd EUR wie folgt leisten: Die IFC dürfte durch ihre Initiativen zur Krisenbekämpfung in mehreren Sektoren, u.a. Banken, Infrastruktur und Handel, sowie durch ihre traditionellen Investitions- und Beratungsdienste bis zu 2 Mrd EUR beisteuern. Die Weltbank beabsichtigt, ihre Kreditvergabe in Europa und Zentralasien im Zeitraum 2009–2010 auf 16 Mrd EUR zu erhöhen; davon sollen 3,5 Mrd EUR verwendet werden, um Problemen des Bankensektors in den aufstrebenden Ländern Europas zu begegnen. Die MIGA wird in einer Höhe von max. 2 Mrd EUR Versicherungen gegen politische Risiken für Bankdarlehen bieten.

Aufgrund des Integrationsgrads der europäischen Finanzmärkte ist rasches und koordiniertes Handeln geboten – von den Bankkonzernen, die Eigentümer großer Teile der Finanzsektoren in der Region sind, von systemrelevanten nationalen Banken, von den für die Stammhäuser und die Auslandsniederlassungen multinationaler Bankengruppen zuständigen Behörden sowie von den europäischen Institutionen und den IFI. Die drei an dieser Initiative beteiligten Institutionen, die dem dringenden Finanzierungsbedarf mit einer gemeinsamen Finanzhilfe begegnen, setzen dabei ihre eigenen Mandate und spezifischen Fähigkeiten ein.

Die Initiative geht über die reine Bereitstellung von Finanzierungen hinaus, da sie alle Akteure daran beteiligt, geeignete Lösungen für die Probleme zu suchen, die die weltweite Wirtschaftskrise aufwirft. Die IFI-Initiative wurde im größeren Kontext der Unterstützung entwickelt, die Bankkonzerne ihren Tochtergesellschaften in Osteuropa bieten, indem sie Kapital zur Verfügung stellen, wo es benötigt wird, und eine angemessene Mittelausstattung aufrechterhalten. ■

Welche IFI beteiligen sich an der Initiative?

Die **Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE)** wurde 1991 nach dem Zusammenbruch des Kommunismus gegründet. Sie hat die Aufgabe, den sich in einem demokratischen Umfeld neu herausbildenden Privatsektor zu unterstützen und zu fördern. Inzwischen nutzt die EBWE verschiedene Instrumente, um den Aufbau der Marktwirtschaft und einer demokratischen Gesellschaftsordnung in 30 Ländern von Mitteleuropa bis Zentralasien zu fördern. Die EBWE ist der größte Einzelfinanzier in der Region und mobilisiert über ihre eigenen Finanzierungen hinaus beträchtliche ausländische Direktinvestitionen. Ihre Anteilseigner sind 61 Länder, die Europäische Kommission und die EIB.

Die **EIB-Gruppe** besteht aus der Europäischen Investitionsbank (EIB) und dem Europäischen Investitionsfonds (EIF). Die Europäische Investitionsbank wurde 1958 durch den Vertrag von Rom als die Institution der EU für langfristige Finanzierungen gegründet. Eigentümer der Bank sind die EU-Mitgliedstaaten. Aufgabe der Bank ist es, zur Integration, zur ausgewogenen Entwicklung und zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der Mitgliedstaaten der EU beizutragen. Die EIB nimmt umfangreiche Mittel an den Kapitalmärkten auf und vergibt daraus zu günstigen Konditionen Darlehen für Projekte, die zum Erreichen der Ziele der EU beitragen. Die Bank passt ihre Aktivitäten kontinuierlich an die Entwicklungen der EU-Politik an. Der Europäische Investitionsfonds ist die Finanzinstitution der Europäischen Union, die auf die Förderung von kleinen Unternehmen (KMU) spezialisiert ist und damit die Ziele der EU unterstützt. Über marktbasierte Instrumente stellt er Risikokapital und Garantien bereit und fördert damit die Gründung und das Wachstum kleiner Unternehmen in Europa. Der EIF ist in allen Ländern der erweiterten Union tätig. Die Anteilseigner des EIF sind die EIB (66%), die Europäische Kommission (25%) sowie rund 30 europäische Finanzinstitute (9%). Die Zusammenarbeit zwischen der EIB und dem EIF konzentriert sich hauptsächlich auf die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU). Dadurch können EIB und EIF ihr jeweiliges Know-how zur Förderung von KMU optimal einbringen.

Die **Weltbankgruppe** besteht aus fünf eng kooperierenden Organisationen, die sich gemeinsam für die Bekämpfung der Armut einsetzen: die Weltbank (die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) und die International Development Association (IDA)) sowie drei weitere Organisationen – die International Finance Corporation (IFC), die Multilateral Investment Guarantee Agency (MIGA) und das International Centre for the Settlement of Investment Disputes (ICSID).

Die **IBRD** fördert die Armutsbekämpfung in kreditwürdigen ärmeren Ländern mit mittlerem Einkommen. Über Darlehen, Garantien, Risikomanagement-Produkte sowie Analyse- und Beratungsdienste fördert sie die nachhaltige Entwicklung in diesen Ländern. Die auf kooperativer Basis strukturierte IBRD wurde 1944 als ursprüngliche Institution der Weltbankgruppe gegründet. Die Weltbank, deren Kapital von ihren 185 Mitgliedstaaten gehalten wird, ist zum Nutzen ihrer Mitgliedsländer tätig.

Die **IDA** ist eine Organisation der Weltbank, deren Aufgabe es ist, die ärmsten Länder der Welt zu unterstützen. Die IDA wurde 1960 gegründet. Sie fördert die Armutsbekämpfung durch Vergabe zinsloser Darlehen und Zuschüsse für Programme, die das Wirtschaftswachstum fördern, Ungleichheiten abbauen und die Lebensbedingungen der Bevölkerung verbessern.

Die **IFC** fördert durch die Finanzierung von Projekten des Privatsektors ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum in Entwicklungsländern. Sie mobilisiert Kapital auf den internationalen Finanzmärkten und leistet Beratungsdienste für Unternehmen und Regierungen. Die IFC unterstützt Unternehmen und Finanzinstitute in Schwellenländern dabei, Arbeitsplätze zu schaffen, Steuereinnahmen zu generieren, die Corporate Governance sowie den Umweltschutz zu verbessern und einen Beitrag zur Entwicklung von Gemeinschaften zu leisten. Ziel ist es, die Lebensbedingungen insbesondere für Bevölkerungsgruppen zu verbessern, die die aus dem Wachstum entstehenden Verbesserungen am dringendsten benötigen.

Die **MIGA** unterstützt ausländische Direktinvestitionen in Entwicklungsländern zur Förderung des Wirtschaftswachstums, zur Bekämpfung der Armut und zur Verbesserung der Lebensbedingungen. Die MIGA gewährt Garantien, die Investitionen in Entwicklungsländern gegen nichtkommerzielle Risiken versichern.

Das **ICSID** ist eine unabhängige internationale Organisation, die im Rahmen der „Konvention über die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Staatsbürgern anderer Länder" gegründet wurde. Sie hat über 140 Mitgliedstaaten. Das ICSID unterstützt hauptsächlich die Durchführung von Schlichtungsverfahren oder Schiedsgerichtsverfahren im Bereich grenzüberschreitender Investitionen.

Das Aktionsprogramm der EIB für Universitäten

Im Rahmen des Aktionsprogramms der EIB für Universitäten fand im vergangenen Dezember in Luxemburg das zweite Jahrestreffen statt. Daran nahmen u.a. Vertreter der Oxford Brookes University, Universidad Politécnica de Madrid, Università di Bologna, Università Ca' Foscari di Venezia, EURANDOM (Universität Eindhoven), Università degli Studi di Milano, Università di Verona, University of Oulu, University College Cork und von UNIMED teil.

Luisa Ferreira und Mateu Turró, Direktion Projekte

Die Teilnehmer konnten sich dabei einen Überblick über die verschiedenen vom Aktionsprogramm geförderten Aktivitäten verschaffen und nahmen an einer Brainstorming-Diskussion teil, die ihnen Gelegenheit gab, Erfahrungen auszutauschen und Methoden zur Leistungsverbesserung zu erarbeiten. Es fanden parallel zueinander drei Seminare zu Themen statt, deren Erforschung von EIBURS unterstützt wird: (i) Forschung im Bereich der Kosten-Nutzen-Analyse in den neuen EU-Mitgliedstaaten (Präsentation von Prof. Massimo Florio, Università degli Studi di Milano); (ii) Neue Ratingmodelle für Asset Backed Securities (ABS) (Präsentation von Prof. Wim Schoutens, K.U. Leuven); (iii) Umweltökonomischer Ausblick auf die Folgen des Klimawandels für Waldökosysteme und die Biodiversität: Ergebnisse einer empirischen Anwendung auf Europa (Präsentation von Dr Paulo Nunes, Ca' Foscari Università di Venezia); und Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen des Klimawandels: eine Länder- und Sektorenperspektive (Präsentation von Prof. Francesco Bosello, Università di Milano).

Nach dem ersten Jahrestreffen im Dezember 2007 hat das Aktionsprogramm der EIB für Universitäten zahlreiche weitere Aktivitäten unterstützt. Dazu gehörten:

- die Teilnahme von EIB-Mitarbeitern an Sommerprogrammen der Università di Bologna, mit denen die Erforschung von Möglichkeiten zum Schutz des geistigen Eigentums und immaterieller Vermögenswerte gefördert werden sollte;
- eine gemeinsam mit der Universidad Politécnica de Madrid veranstaltete Konferenz über die Bewertung von Verkehrsrisiken („Verkehrsrisiken in Konzessionsprojekten");
- der erste EIB-ERSA Preis für regionalwissenschaftliche Forschung, der den Preis ablöste, mit dem die ERSA (European Regional Sciences Association) seit 2002 jedes Jahr einen herausragenden Wissenschaftler für seinen bedeutenden Beitrag zum Verständnis wichtiger regionalwissenschaftlicher Prozesse auszeichnete. Im Jahr 2008 wurde der Preis an Professor Tony Venables verliehen;
- eine gemeinsam mit der Université de Nice-Sophia Antipolis erstellte Präsentation mit dem Titel: „Die Entwicklung makrofinanzieller Aggregate in den neuen EU-Mitgliedstaaten und in den Kandidatenländern: eine Vorlesung zur Theorie des Geldkreislaufs."

Was möchte das Aktionsprogramm der EIB für Universitäten bewirken?

Parallel zu ihrer Finanzierungstätigkeit im Bildungssektor hat die EIB die Aktion zur Förderung der Universitätsforschung entwickelt, um Institutionen im Bereich der Hochschulen und wissenschaftlichen Forschung zu unterstützen. Die Aktion soll einen Rahmen schaffen, damit die EIB auf die Wünsche europäischer Universitäten – insbesondere nach finanzieller Unterstützung, aber auch nach Input für die Forschung – eingehen kann. Sie erleichtert es außerdem den Mitarbeitern der Bank, ihren Aufgaben im akademischen und im Forschungsbereich nachzugehen. Die Aktion der EIB zur Förderung der Universitätsforschung, die dem Lenkungsausschuss der EIB für Universitäten unter Vorsitz des Präsidenten der Bank unterstellt ist, umfasst drei Programme: EIBURS, STAREBEI und EIB University Networks. EIBURS, das Förderprogramm der EIB für Universitätsforschung, stellt universitären Forschungszentren in der EU, die an Themen arbeiten, die für die EIB von besonderem Interesse sind, Zuschüsse zur Verfügung. STARE-

Summer School in Bologna (Juni 2008)

BEI, STAges de REcherche BEI, ist ein Programm zur finanziellen Unterstützung junger Forscher, die an gemeinsam von der EIB und Universitäten durchgeführten Projekten mitarbeiten; und EIB University Networks bezeichnet die Zusammenarbeit mit Hochschulnetzen, deren Arbeit von besonderem Interesse für die EIB ist. Im Jahr 2008 förderte die Bank im Rahmen von EIBURS acht Schwerpunkte in sehr unterschiedlichen Bereichen: Soziale Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung; finanzielle und volkswirtschaftliche Bewertung von Umweltauswirkungen; öffentlich-private Partnerschaften; Technologiefolgenabschätzung und Beschleunigung von Innovationen; Preisfestlegung bei Verbriefungsoperationen: Quantitative Analyse und analytische Methoden; öffentliche Investitionen vor dem Hintergrund der Haushaltsbeschränkungen in den neuen EU-Mitgliedstaaten; Infrastrukturfonds, und Finanzierung junger innovativer Unternehmen in Europa. Das Programm unterstützt derzeit vier STAREBEI-Projekte und hat bereits in zehn Fällen Forschungszuschüsse zugesagt. Es hat außerdem drei Hochschulforschungsnetzen erlaubt, auf die Initiative Bezug zu nehmen (UNIMED, FEMISE und CREDIT). Nähere Informationen zu dem Programm stehen auf der Website der Bank www.eib.org/universities zur Verfügung.

Befragung der Öffentlichkeit zum EIB-Grundsatzpapier zu Umwelt- und Sozialfragen

Nach fast einem Jahr intensiver Diskussion mit internen und externen Interessen- bzw. Anspruchsgruppen hat der Verwaltungsrat der EIB das überarbeitete „Grundsatzpapier zu Umwelt- und Sozialprinzipien und -standards“ am 3. Februar 2009 genehmigt. Das Grundsatzpapier ist auf der EIB-Website öffentlich zugänglich.

Das Verfahren zur Befragung der Öffentlichkeit, das von März bis November 2008 dauerte, war das dritte derartige Verfahren zur Politik der EIB. Ein Bericht über die Öffentlichkeitsbefragung, der den Ablauf des Befragungsprozesses skizziert und die Beiträge der Interessengruppen sowie die diesbezüglichen Kommentare der EIB zusammenfasst, wurde ebenfalls auf der EIB-Website veröffentlicht.

Das neue Grundsatzpapier, das das „Environmental Statement“ der Bank von 2004 ablöst, stellt die Dringlichkeit der Probleme des Klimawandels stärker heraus, erweitert die soziale Dimension der nachhaltigen Entwicklung und erkennt die Bedeutung der biologischen Vielfalt (Biodiversität) an. Insgesamt ist das neue Grundsatzpapier um eine viel stärkere Anpassung an die EU-Anforderungen in allen Regionen bemüht. Auch die Verantwortlichkeiten werden unmissverständlicher zugewiesen, wobei insbesondere die Rolle des Projektträgers eindeutiger beschrieben wird. Dasselbe gilt für „unakzeptable“ Bereiche. Das Hauptaugenmerk liegt auf Prinzipien und Standards. Einzelheiten zu den Verfahren und den Vorschriften selbst finden sich im Umwelt- und Sozialpraxisleitfaden der EIB („Handbook“) und in der Quellensammlung über EU-Umweltbestimmungen („Sourcebook“).

Das Befragungsverfahren

Um eine möglichst umfassende Befragung der Öffentlichkeit sicherzustellen, wählte die Bank ein flexibles Konzept hinsichtlich Zeitplan und Vorgehensweise. Das Befragungsverfahren umfasste zwei Befragungsrunden, die ursprünglich 45 bzw. 20 Arbeitstage dauern sollten, die aber verlängert wurden, um die Bedürfnisse externer Interessengruppen berücksichtigen zu können. Außerdem führte die Bank drei Diskussionsveranstaltungen durch, um ihr Grundsatzpapier mit Interessenten aus der Öffentlichkeit mündlich zu erörtern. Die Bank richtete ein Prüfungsgremium ein, das alle aus der Öffentlichkeit eingegangenen Beiträge sichtete und prüfte, inwieweit sie berücksichtigt werden konnten.

Im Rahmen des Befragungsverfahrens wurden auch interne Interessenten zur Abgabe von Kommentaren aufgefordert. Innerhalb der Bank wurden dazu der Entwurf des Grundsatzpapiers und detaillierte Informationen zum Befragungsverfahren auf breiter Basis bekannt gemacht. Die verschiedenen Direktionen der EIB erhielten Gelegenheit, vor der Befragung der Öffentlichkeit Beiträge zu jedem Neuentwurf des Grundsatzpapiers (einschließlich des Erstentwurfs) zu leisten. EIB-Mitarbeiter einschließlich der Personalvertretung wurden

ebenfalls befragt und machten konstruktive Vorschläge zum Grundsatzpapier. Der Verwaltungsrat wurde am 7. Mai 2008 über das Befragungsverfahren informiert.

Aus Transparenzgründen wurde der endgültige Entwurf des Grundsatzpapiers 15 Arbeitstage vor der Genehmigung durch den Verwaltungsrat auf der EIB-Website veröffentlicht. Für die Interessengruppen war somit ersichtlich, welche Beiträge berücksichtigt worden waren und aus welchen Gründen andere Beiträge abgelehnt worden waren.

Wie geht es weiter?

Für die nahe Zukunft sind weitere Befragungsverfahren zu ausgewählten Bereichen der Politik der EIB vorgesehen. 2009 wird die Bank ein großes Befragungsverfahren durchführen, das miteinander verzahnte Elemente der Überprüfung von drei separaten, aber doch eng zusammenhängenden EIB-Strategien betrifft, nämlich der Transparenzpolitik, der Veröffentlichungs- und Informationspolitik und des Beschwerdeverfahrens der EIB. Informationen zu diesem Verfahren werden über die EIB-Website abrufbar sein. ■

M. del Valle,
Hauptabteilung Kommunikation

Europäische Banken schaffen eine Quellensammlung über die EU-Umweltbestimmungen

Die Europäische Investitionsbank (EIB), die Entwicklungsbank des Europarates (CEB), die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE), die Nordische Investitionsbank (NIB) und die Nordische Umweltfinanzierungsgesellschaft (NEFCO) haben eine gemeinsame Quellensammlung über die von den fünf multilateralen Finanzierungsinstitutionen übernommenen Umweltbestimmungen einschließlich der Grundsätze und Standards geschaffen. Dies ist ein weiteres Beispiel für eine Zusammenarbeit zwischen diesen Institutionen im Hinblick auf die Förderung des EU-Konzepts der ökologischen Nachhaltigkeit. Die Initiative schließt an das Abkommen über die Europäischen Umweltschutzprinzipien (European Principles for the Environment – EPE) aus dem Jahr 2006 an.

Die Quellensammlung soll Projektträger in EU-Mitgliedstaaten, Kandidatenländern, potenziellen Kandidatenländern und in den Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik fallenden Ländern in die Lage versetzen, die EU-Umweltstandards zu identifizieren und zu verstehen, die die von EPE-Banken in diesen Regionen unterstützten Projekte einzuhalten haben. Darüber hinaus wird sie von den Mitarbeitern der EPE-Banken und von Dritten, die ein Interesse an der Finanzierungstätigkeit der Banken haben, genutzt werden.

Der Schwerpunkt der Unterlage liegt auf projektspezifischen Standards für eine Reihe von Schlüsselsektoren, auf die die EPE-Banken ihre Finanzierungsaktivitäten konzentrieren. Zu den abgedeckten Sektoren zählen Energie, Infrastruktur, Metallherstellung und -verarbeitung, Abfallwirtschaft, Landwirtschaft, Chemie und Rohstoffförderung. Des Weiteren bietet die Quellensammlung sektorübergreifende Leitlinien beispielsweise zu Fragen der Umweltverträglichkeitsprüfung, der Umweltmanagementsysteme und der Umwelthaftung.

Die von der EIB initiierte und von allen Institutionen finanzierte Quellensammlung wurde von einer Gruppe von Consultants vom Institut für Europäische Umweltpolitik (IEEP) unter der Leitung einer Arbeitsgruppe aus Vertretern aller fünf EPE-Banken ausgearbeitet. Die Initiative wird von der Europäischen Kommission (Generaldirektion Umwelt) unterstützt.

Die Quellensammlung wird in regelmäßigen Abständen von den EPE-Banken aktualisiert und ist im Internet abrufbar unter http://www.bei.org/about/publications/sourcebook-on-eu-environmental-law.htm. ■

Úna Clifford,
Hauptabteilung Kommunikation

EIB und Portugal

koordinieren ihre Unterstützung für wichtige Infrastrukturmaßnahmen

Kläranlage Gaia
Aguas de Portugal

Windkraftanlage
Alto Minho

Die Europäische Investitionsbank und Portugal haben kürzlich eine Rahmenvereinbarung zur Koordinierung der Finanzierung wichtiger Infrastrukturvorhaben unterzeichnet, die das Land bis 2018 durchführen wird.

Die Vereinbarung, die von EIB-Präsident Philippe Maystadt, dem portugiesischen Staats- und Finanzminister Fernando Teixeira dos Santos und EIB-Vizepräsident Carlos da Silva Costa unterzeichnet wurde, wird einen einheitlichen Rahmen für die Planung künftiger EIB-Operationen in Portugal bieten. Die Gewährung von Darlehen wird vom positiven Ergebnis der standardmäßig von der EIB durchgeführten Prüfung der einzelnen Vorhaben in technischer, ökologischer, wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht sowie von der Genehmigung jedes Vorhabens durch das Management und die Entscheidungsgremien der Bank abhängen.

Das von der Vereinbarung abgedeckte Programm betrifft Vorhaben über einen Zeitraum von 10 Jahren mit einem derzeit auf 40 Mrd EUR veranschlagten Gesamtwert. Im Mittelpunkt des Programms stehen unter anderem (aber nicht ausschließlich) folgende Sektoren und Projekte:

- Verkehr: Hochgeschwindigkeitsbahnnetz, neuer internationaler Flughafen Lissabon, Straßeninfrastruktur;
- Energie: erneuerbare Energien (Wasser- und Windkraft, Solarenergie), Ausbau des Stromversorgungsnetzes und Erhöhung der Energieeffizienz;
- Wasserwirtschaft: Management und Planung der Wasserversorgung und des Wasserverbrauchs;
- Abfallwirtschaft: Behandlung und Entsorgung;
- Stadtzentren: Erneuerung und Sanierung von Stadtzentren.

Die EIB könnte über einen Zeitraum von 10 Jahren und unter Bereitstellung eines Gesamtbetrags von rund 13-14 Mrd EUR bis zu einem Drittel der Kosten für diese Vorhaben finanzieren.

Die Vereinbarung ist die dritte dieser Art, die die EIB bisher unterzeichnet hat. Ähnliche Vereinbarungen wurden bereits mit Spanien und Italien abgeschlossen. ■

Helen Kavvadia,
Hauptabteilung Kommunikation

EIB unterstützt Forschung und Innovation in Ungarn

Die Europäische Investitionsbank gewährt Ungarn ein Darlehen von 440 Mio EUR, das den eigenen Beitrag des Landes zur Finanzierung vorrangiger Investitionsvorhaben in den Bereichen Forschung und Innovation ergänzt, die im ungarischen Nationalen Strategischen Referenzrahmen für den Zeitraum 2007-2013 vorgesehen sind.

Philippe Maystadt, Präsident der EIB, und János Veres, ungarischer Finanzminister und Gouverneur der EIB

Dusan Ondrejicka, Hauptabteilung Kommunikation

Die langfristigen Finanzierungsmittel, die die EIB zu günstigen Konditionen bereitstellt, werden die ungarische Regierung dabei unterstützen, trotz der schwierigen Marktbedingungen Projekte zu finanzieren, die auf die Entwicklung einer wissensbasierten Wirtschaft in sechs Regionen des Landes ausgerichtet sind.

Die Projekte, die aus Mitteln des EIB-Darlehens, des Staatshaushalts sowie aus dem EU-Programm zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung Ungarns finanziert werden, haben ihren Standort in den folgenden, in der EU-Regionalpolitik als vorrangig eingestuften Regionen: Mittel-, West- und Südtransdanubien, Nordungarn sowie Nördliche und Südliche Große Tiefebene. In Einklang mit dem engagierten Einsatz der Regierung, über die Entwicklung von Wissenschaft und Technik die Wettbewerbstätigkeit zu fördern und den Unternehmenssektor zu modernisieren, werden die Projekte hauptsächlich angewandte Forschung, experimentelle Entwicklung sowie die Markteinführung neuer Produkte betreffen und dadurch die Position ungarischer KMU im technologischen Wettbewerb sowie ihren Zugang zu Kapital verbessern (unter anderem durch die JEREMIE-Initiative). ■

EIB finanziert Umsetzung des „Plan Energie Solaire“ der Region Poitou-Charentes

Die EIB wird den „Plan Energie Solaire“ der Region Poitou-Charentes, der dem Aufbau eines eigenständigen Solarenergiesektors in der Region dient, mit einem Darlehen von 200 Mio EUR unterstützen. Mit weiteren 200 Mio EUR beteiligen sich außerdem die französischen Caisses Régionales und die Crédit Agricole Leasing an der Umsetzung und Kofinanzierung dieses Großvorhabens. Die Region Poitou-Charentes wird für die gewährten Darlehen eine Garantie stellen.

Die Finanzierungsvereinbarung für die Umsetzung des Solarenergieprogramms 2009-2012 in Poitou-Charentes wurde von Ségolène Royal, Präsidentin der Region, Noël Dupuy, Vizepräsident der Crédit Agricole SA, und EIB-Vizepräsident Philippe de Fontaine Vive unterzeichnet und ist die erste Vereinbarung dieser Art. Sie bietet attraktive Finanzierungsmöglichkeiten für Gebietskörperschaften, Unternehmen, Verbände, Selbständige und Landwirte. Die Partnerschaft zwischen der EIB, der Region Poitou-Charentes und der Crédit Agricole ist hinsichtlich des Umfangs der zugesagten Finanzierungen und der Synergie der zum Einsatz kommenden Instrumente ebenfalls eine Premiere. Durch diese Kofinanzierung können die von den Partnern bereitgestellten Mittel optimal eingesetzt werden, wodurch sich der Hebeleffekt verstärkt und nahezu kein Finanzierungsbeitrag aus Steuergeldern erforderlich ist.

Der Plan, der im Januar 2008 von der Region Poitou-Charentes verabschiedet wurde, ist auf die verstärkte Energieerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern ausgerichtet. Geplant ist die Installation von 650 000 m² Solarpanelen. Mit dem Plan hat sich die Region für 2012 ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Sie will bis dahin jährlich 73 GWh (Gigawattstunden) Solarenergie erzeugen, d.h. 1,5 Mal soviel wie 2007 in ganz Frankreich für nur 2,8% der französischen Bevölkerung produziert wurden. Damit steht der Plan voll und ganz in Einklang mit dem Ziel der Europäischen Kommission, bis zum Jahr 2020 20% der Energie aus erneuerbaren Energien zu erzeugen. Aus diesem Grund hat die EIB ihre volle Unterstützung für den Plan der Region zur Nutzung von Solarenergie zugesagt.

2008 hat die EIB Vorhaben zur Entwicklung erneuerbarer Energien mit 2,2 Mrd EUR unterstützt. Damit hat die Bank ihr Engagement in diesem Bereich in den letzten zwei Jahren verdreifacht. Bei den in zehn EU-Ländern durchgeführten Finanzierungen der EIB hat der Anteil der Solarenergievorhaben rasch zugenommen: 2008 entfielen 35% aller Finanzierungen im Bereich erneuerbare Energie auf Solarenergieprojekte (9% im Vorjahr). ■

Ségolène Royal, Präsidentin der Region, und Philippe de Fontaine Vive, EIB-Vizepräsident

Daniela Sacchi-Cremmer, Hauptabteilung Kommunikation

Fünfte FEMIP-Konferenz: KMU im Mittelmeerraum

Am 6. März fand in Rabat (Marokko) die fünfte FEMIP[1]-Konferenz zum Thema „Bedürfnisse der KMU im Mittelmeerraum im Verlauf ihres Geschäftszyklus" statt. Dabei erörterten politische Entscheidungsträger, Unternehmer, Banker sowie Vertreter nationaler und internationaler Finanzierungsinstitutionen, aber auch der Zivilgesellschaft eine für die Partnerländer zentrale Frage: Wie können KMU dabei unterstützt werden, die treibende Kraft für Wachstum und Beschäftigung in der Region zu werden?

Philippe de Fontaine Vive, EIB-Vizepräsident

Worum es geht

Die Länder im Süden und Osten des Mittelmeerraums werden bis zum Jahr 2020 etwa 30 bis 40 Millionen Arbeitsplätze schaffen müssen, um ihre Arbeitslosenquote auch nur auf dem derzeitigen Niveau zu halten. Diese langfristige Entwicklung der Partnerländer wird weitgehend von der Schaffung produktiver Arbeitsplätze in kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen abhängen, in denen zwei Drittel der lokalen Erwerbsbevölkerung arbeiten.

Diese Unternehmen haben jedoch große Schwierigkeiten, Bankdarlehen zu beschaffen, um ihre Entwicklung zu finanzieren und ihr ganzes Potenzial zu entfalten. Die aktuelle Anspannung der Finanzmärkte verschärft diese Schwierigkeiten und gefährdet die Fähigkeit der KMU, sich zu entwickeln und zu wachsen, um erstklassige regionale Unternehmen zu werden. Parallel zu dem von der EIB aufgelegten Plan zur massiven Unterstützung von KMU in Europa hat die FEMIP die Debatte über geeignete Lösungen auch für die Länder des Mittelmeerraums in die Wege geleitet.

[1] Die Investitionsfazilität und Partnerschaft Europa-Mittelmeer (FEMIP) besteht aus der Gesamtheit der Instrumente der EIB für die Mittelmeer-Partnerländer: Algerien, Ägypten, Gaza und Westjordanland, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko, Syrien und Tunesien.

KMU – Ein Begriff, große Vielfalt

Die Aufteilung der Konferenz in drei Sitzungen zu jeweils einer Hauptetappe des Lebenszyklus von Unternehmen (Gründung, Wachstum, Übertragung) dürfte es ermöglicht haben, die sehr große Vielfältigkeit der KMU im Mittelmeerraum zu unterstreichen.

In der ersten Sitzung standen primär Kleinstunternehmen mit weniger als 5-10 Beschäftigten im Mittelpunkt, in der zweiten und dritten Sitzung dagegen mittelgroße Unternehmen, die sich über Landesgrenzen hinaus entwickeln und in anderen Ländern der Region Fuß fassen konnten. Durch die Gegenüberstellung dieser beiden Arten von KMU dürfte die Notwendigkeit deutlich geworden sein, auf die Größe der Unternehmen zugeschnittene Produkte zu entwickeln.

Den Bedürfnissen der Unternehmen gerecht werden

Die Gespräche führten zu einer Reihe von Vorschlägen, die dem FEMIP-Ausschuss und dann, anlässlich der nächsten Sitzung des Ministerausschusses für die FEMIP am 7. Juli in Brüssel, den Finanzministern der EU-Mitgliedstaaten und der Mittelmeer-Drittländer vorgelegt werden sollen.

Einer dieser Vorschläge betrifft die Verbesserung des Informationsflusses zwischen den Banken und den KMU. Einerseits sollten KMU besser über die bei Banken erhältlichen Finanzierungen und Möglichkeiten der Inanspruchnahme informiert werden. Andererseits sollten den Banken bessere Informationen zugänglich sein, um das Kreditrisiko der KMU zu bestimmen.

Des Weiteren diskutierten die Teilnehmer der Konferenz über Möglichkeiten, die Instrumente der FEMIP zu verbessern. Die FEMIP unterstützt bereits KMU und hat seit 2002 durch Globaldarlehen an lokale Banken, Beteiligungen an Gesellschaften oder Fonds sowie Darlehen an Mikrofinanzinstitute 1,5 Mrd EUR für sie bereitgestellt. Sie könnte in naher Zukunft ihr Angebot diversifizieren und Garantieprodukte einführen, kleine Unternehmen bei Investitionen in Forschung und Entwicklung und bei der internationalen Ausrichtung ihrer Tätigkeit unterstützen. Schließlich könnte die FEMIP in Partnerschaft mit den anderen in der Region tätigen Institutionen auch Finanzierungen in

Landeswährung vornehmen, sobald die Regierungen ihr zu den gleichen Bedingungen wie diesen Institutionen Zugang zu den Märkten gewähren. Dieses Instrument wäre besonders gut für Kleinstunternehmen geeignet.

Schließlich betonten mehrere Teilnehmer die Notwendigkeit, die Modernisierung des Bankensystems durch bessere Schulung in den Banken zu unterstützen, damit sie Verfahren zur Kreditrisikoprüfung entwickeln und ihre Kapazität für KMU-Finanzierungen stärken.

Die Krise als Chance?

Die internationale Finanzkrise wurde im Lauf der Konferenz selbstverständlich viele Male angesprochen. Obgleich ihre Auswirkungen auf die Partnerländer und insbesondere deren KMU weiterhin schwer zu ermessen sind, erklärten zahlreiche Teilnehmer, die Krise müsse nicht als Verhängnis wahrgenommen werden, sondern vielmehr als Chance.

Banker, politische Entscheidungsträger und Unternehmer stimmten darin überein, dass die aktuelle Krise Veränderung bedeute und es der Region vielleicht ermögliche, sich auf internationaler Ebene wirtschaftlich günstiger zu positionieren. ■

Joyce Liyan,
Hauptabteilung Nachbar- und Partnerländer Europas

Zweites Regionalforum zum Investitionsklima im Mittelmeerraum

Reformen im Mittelmeerraum trotz der Krise fortsetzen

Anschließend an das erste Forum, das im November 2005 in Kairo stattfand, veranstaltete die EIB gemeinsam mit der Europäischen Kommission, der Weltbank und der International Finance Corporation (IFC) am 4. und 5. März in Rabat das zweite Regionalforum zum Investitionsklima im südlichen Mittelmeerraum und Nahen Osten.

Bei dieser Veranstaltung, die in Zusammenarbeit mit dem marokkanischen Ministerium für wirtschaftliche und allgemeine Angelegenheiten ausgerichtet wurde, kamen nahezu 150 Teilnehmer zusammen, darunter politische Entscheidungsträger, Banker, Leiter privater und öffentlicher Unternehmen sowie Vertreter von Hochschulen und Forschungseinrichtungen der Mittelmeer-Partnerländer und des Nahen Ostens.

Das Forum bot Gelegenheit, eine Bilanz der seit 2005 erzielten Reformfortschritte zu ziehen. So konnten die Teilnehmer feststellen, dass der private Sektor eine immer wichtigere Rolle für die Schaffung von Arbeitsplätzen und das Wirtschaftswachstum in der Region spielt. Des Weiteren wurde ihnen anhand konkreter Beispiele insbesondere in Ägypten und Marokko vor Augen geführt, dass die Verbände des privaten Sektors stärker an der Definition der von den Regierungen durchgeführten Reformen mitwirken. Diese Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor wurde begrüßt und befürwortet.

Das Forum ermöglichte auch einen Meinungsaustausch über die potenziellen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Volkswirtschaften der Region. Die Teilnehmer stimmten darin überein, dass diese Krise, auch wenn sie Unsicherheiten schafft, nichts an der Notwendigkeit ändere, den Reformkurs beizubehalten.

Angesprochen wurden auch die verstärkte regionale Integration sowie die Notwendigkeit, die bereits unterzeichneten regionalen Abkommen voll zu nutzen, insbesondere das Abkommen von Agadir, das eine bedeutende Initiative zur Integration der Länder des südlichen Mittelmeerraums darstellt.

Schließlich drückten die Teilnehmer den Wunsch aus, dass dieses Forum eine weitere Etappe zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Ländern der Region und den vier Institutionen sein möge.

Im Lauf der letzten Jahre haben die EIB, die Europäische Kommission und die Weltbank-Gruppe eine strategische Partnerschaft mit dem Ziel aufgebaut, die Wirksamkeit der Bemühungen jeder dieser Institutionen, den Bedürfnissen der Länder der Region zu begegnen, zu verstärken.

Formal wurde diese Partnerschaft im Mai 2004 durch die Unterzeichnung einer Absichtserklärung für eine stärkere Koordination in der Region des Nahen Ostens und des südlichen Mittelmeerraums ins Leben gerufen. Die IFC schloss sich der Partnerschaft im September 2007 an. In ihrem Rahmen fanden zahlreiche Aktivitäten statt, insbesondere die Kofinanzierung von Operationen, Koordinationstreffen zur Identifikation möglicher Verbindungen zwischen der Politik in bestimmten Sektoren und Investitionsinitiativen sowie Konferenzen und Workshops.

Sauberes Trinkwasser für die ärmsten Gegenden Malawis

Die EIB hat im malawischen Wasserwirtschaftssektor vor kurzem ein Darlehen über 15,75 Mio EUR ausgereicht, um in einigen der ärmsten Gegenden Malawis die Versorgung von insgesamt 720 000 Einwohnern städtischer Ballungsgebiete mit sauberem Trinkwasser zu sichern und grundlegende Abwasserentsorgungsdienste für weitere 470 000 Menschen zu schaffen. Das Projekt ist von entscheidender Bedeutung sowohl für die wirtschaftliche Entwicklung von Malawi – einem hochverschuldeten armen Entwicklungsland – als auch für das soziale Wohlergehen der Einwohner des Landes.

Die EIB ist im malawischen Wasserwirtschaftssektor ein wohlbekannter Akteur. Die Darlehen der EIB für Wasserwirtschaftsvorhaben in Malawi machen einen Großteil ihrer Tätigkeit in diesem Land aus. Seit 1987 hat die Bank mit den staatlichen Wasserwirtschaftsunternehmen der größten Städte des Landes (Blantyre und Lilongwe) bereits vier Mal zusammengearbeitet und fast 32 Mio EUR für die sichere und zuverlässige Trinkwasserversorgung bereitgestellt. Dank dieser Anstrengungen hat ein Großteil der Einwohner Lilongwes mittlerweile Zugang zu einer rund um die Uhr verfügbaren Wasserversorgung. Mit Hilfe des genannten EIB-Darlehens für Vorhaben beider Wasserwirtschaftsunternehmen erhalten 400 000 Einwohner von Blantyre ebenfalls Zugang zu einer ganztägig verfügbaren Wasserversorgung, und beide Wasserwirtschaftsunternehmen dehnen ihre Versorgung auf einkommensschwache Gebiete aus.

Mehr als nur sauberes Wasser

Frühere EIB-Darlehen im Wasserwirtschaftssektor Malawis haben sich ausschließlich auf die Durchführung technischer Investitionsvorhaben zur Modernisierung wasserbaulicher Anlagen konzentriert. Bei der jüngsten Bankoperation geht es jedoch auch um den Aufbau organisatorischer Kapazitäten und die Verbesserung der Effizienz der Wasserversorgungsunternehmen in Lilongwe und Blantyre. Ein Dienstleister aus dem Privatsektor wird die Organisationsstruktur überprüfen, zur Verbesserung des finanziellen und kaufmännischen Managements beitragen, die betriebliche Leistung verbessern und die im Rahmen des Projekts vorgesehenen Investitionen durchführen.

Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen und der Europäischen Kommission

Ein weiteres innovatives Merkmal ist die enge Zusammenarbeit mit den örtlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen, dank derer die Wasserwirtschaftsunternehmen die Möglichkeiten zur Ausweitung des Zugangs zu erschwinglichen Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanschlüssen für die ärmsten, bisher völlig unversorgten Einwohner des Versorgungsgebiets ausloten konnten. Zur Unterstützung dieser Bemühungen wird die „Access to Water Facility" (Wasserzugangsfazilität) als innovatives Finanzierungsinstrument eingerichtet. Die „Access to Water

Facility", die als revolvierender Fonds konzipiert ist und von den Wasserversorgungsunternehmen verwaltet wird, macht 35 000 Einzelanschlüsse für einkommensschwache Kunden erschwinglich.

Der positive Entwicklungseffekt wird durch einen koordinierten Finanzierungsansatz der EU noch weiter verstärkt. In seinem Rahmen werden die zu Vorzugsbedingungen gewährten EIB-Finanzierungsmittel mit einem Zuschuss aus der EU-Wasserfazilität in Höhe von 14,9 Mio EUR kombiniert (dieser Zuschuss deckt 47% der Gesamtkosten des Projekts von 32 Mio EUR ab). Der malawische Staat leistet ebenfalls einen Beitrag zu den Projektkosten (1 Mio EUR bzw. 3%). Daneben hat die EIB einen Zuschuss von 250 000 EUR für technische Unterstützung gewährt. Aus diesen Mitteln wird ein Beratungsunternehmen mit der Unterstützung der Wasserversorgungsunternehmen bei der Auftragsvergabe an einen Generalunternehmer unterstützt.

Auch ein Bildungsprojekt

Das jüngste mit EIB-Mitteln in Malawi unterstützte Wasserwirtschaftsprojekt profitiert davon, dass WaterAid, eine große, international tätige Nichtregierungsorganisation, als Projektpartner gewonnen werden konnte. WaterAid engagiert sich an der Seite lokaler NGO und fördert die Einübung sicheren Hygieneverhaltens, die Verbesserung der Abwasserentsorgung und den gleichberechtigten und sicheren Trinkwasserzugang. Die Organisation wird darüber hinaus den Aufbau von Kompetenzen in den örtlichen Institutionen und kleinen privaten Wasserwirtschaftsbetrieben unterstützen, um einen nachhaltigen Wasserzugang für arme und derzeit unversorgte Gemeinschaften sicherzustellen. Mit Hilfe des Abwasserentsorgungsmarketings von WaterAid wird den Gemeinschaften eine Reihe von Abwasserentsorgungstechnologien angeboten, zu deren Nutzung und Instandhaltung sie animiert werden.

Dieses äußerst wichtige Wasserwirtschaftsprojekt bezieht sich auf den städtischen Bereich des Reformprogramms im Rahmen des zweiten nationalen Wasserwirtschaftsentwicklungsprogramms (NWDP II – National Water Development Programme II), das von der malawischen Regierung mit Unterstützung der Weltbank in Angriff genommen wurde. Im Laufe des Jahres wird das Projekt in Malawi mit einer offiziellen Veranstaltung eingeweiht, um die fruchtbare Zusammenarbeit aller Parteien für das gemeinsame Ziel einer Verbesserung der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Malawi feierlich zu begehen. ■

Petia Manolova,
Operationen außerhalb der EU/AKP-Länder

Zinsvergütungen: Der Entwicklungsaspekt rückt in den Mittelpunkt der Tätigkeit der EIB in den AKP-Staaten

In den Ländern Afrikas, des karibischen Raums und des Pazifischen Ozeans (AKP-Staaten) hat die EIB den Auftrag, im Rahmen ihrer Finanzierungstätigkeit die Entwicklung — d.h. die Armutsbekämpfung und ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum — zu fördern. Neben herkömmlichen Darlehen nutzt die Bank auch EU-Mittel, die sie im Auftrag der Mitgliedstaaten verwaltet und in der „Investitionsfazilität" innovativ mittels verschiedener Finanzierungsinstrumente einsetzt. Dabei soll stets gewährleistet werden, dass der Entwicklungseffekt ihrer Tätigkeit dort wirkt, wo er am meisten benötigt wird — bei den Armen und am stärksten unterversorgten Gemeinschaften. Zinsvergütungen, die bei Zuschussfinanzierungen effizient eingesetzt werden, sind eines der interessantesten und wirksamsten Instrumente dieses weniger bekannten Bereichs der EIB-Tätigkeit in den AKP-Staaten.

Das staatliche namibische Stromversorgungsunternehmen NamPower nutzt seit einiger Zeit das Zinsvergütungsprogramm, um abgelegene Dörfer an die Stromversorgung anzuschließen und die Lebensqualität der Ärmsten des Landes zu verbessern. Obwohl Namibia ein relativ wohlhabendes Land ist, konzentriert sich dieser Wohlstand auf wenige Einzelpersonen, während die Armut weitverbreitet ist, insbesondere auf dem Land, wo es an den grundlegenden Versorgungsdiensten fehlt.

Die EIB und die NamPower arbeiten zusammen, um — mit Unterstützung der regionalen Stromverteilungsunternehmen Namibias — die Zinsvergütungen zur Umsetzung des nationalen Energieentwicklungsplans einzusetzen. Eine Zinsvergütung im Betrag von 5,5 Mio EUR wurde dabei für ein Darlehen gewährt, das die EIB 2001 im Rahmen des Abkommens von Lome an das Versorgungsunternehmen vergeben hat. Diese Zinsvergütung dient nicht zur Senkung der Rückzahlungen der NamPower, vielmehr hat sich der staatliche Stromversorger verpflichtet, diesen Betrag in einen gesonderten Entwicklungsfonds einzuzahlen. Die in diesem Entwicklungsfonds angesammelten Beträge werden dann in Form von Zuschüssen landesweit für den Bau von grundlegender Stromversorgungsinfrastruktur in Dörfern verwendet.

Die für Zinsvergütungen in Betracht gezogenen Vorhaben werden den Dienststellen der EIB von der NamPower zur Prüfung vorgelegt, wobei der Stromversorger mit den regionalen Stromverteilungsunternehmen zusammenar-

beitet, die die Stromversorgungssituation vor Ort direkt kennen und diesbezüglich erfahren sind. Die Bank verlangt, dass die Vorhaben einen positiven Nettogegenwartswert aufweisen, und fordert darüber hinaus, dass sie mindestens einem der Förderkriterien entsprechen, die in Zusammenarbeit mit der NamPower und den Stromverteilungsunternehmen festgelegt wurden. Diese Kriterien sehen normalerweise die Durchführung von Stromsektorstudien und den Aufbau von Kompetenzen im Stromsektor vor. In der jüngeren Vergangenheit wurden die Kriterien bezüglich des Entwicklungsfonds für die Caprivi-Verbundleitung aufgestellt. Neben den Kriterien der NamPower beinhalten sie auch Kriterien für Vorhaben in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienzsteigerung sowie für Vorhaben, die den ärmsten Bevölkerungsschichten in städtischen Gebieten zugute kommen. Ausnahmen werden bei der Finanzierung von Vorhaben gemacht, die zwar keinen positiven Nettogegenwartswert aufweisen, bei denen es jedoch um die Stromversorgung von Dörfern geht, in denen Schulen oder Krankenhäuser bisher noch ohne Stromversorgung sind.

Sobald die EU-Institutionen die von den Stromverteilungsunternehmen vorgeschlagenen Vorhaben genehmigt haben, wird die Zinsvergütung ihrer jeweiligen Verwendung zugeführt. Die EIB verfolgt den Fortschritt dieser Vorhaben durch Rückmeldungen der NamPower. Über den Stand der Ausbauprogramme informiert ein Jahresbericht – die Berichte der beteiligten Parteien sind durchweg positiv. Die Zusammenarbeit zwischen der EIB und der NamPower ist fruchtbar, die Stromverteilungsunternehmen können mehr vorrangige Vorhaben in ihrer jeweiligen Region verwirklichen, und die Endbegünstigten berichten von einer Verbesserung ihrer Lebensbedingungen.

Die Zusammenarbeit zwischen der EIB und der NamPower bei derartigen Vorhaben wird fortgesetzt. Ähnliche Zinsvergütungssysteme wurden auch mit anderen Unternehmen in AKP-Staaten eingerichtet, um im Rahmen der Tätigkeit der EIB einen möglichst großen Entwicklungseffekt zu erzielen. ■

Úna Clifford,
Hauptabteilung Kommunikation

EIB und CAF intensivieren Zusammenarbeit in der **Andenregion**

Von links nach rechts: José Brito, Gonzalo de Castro (CAF), Regan Wylie-Otte, Francisco de Paula Coelho, Carlos Costa, EIB-Vizepräsident, Enrique García, Präsident der CAF, Alberto Barragán, Susan Antz, Germán Jaramillo

Die EIB und die Corporación Andina de Fomento (CAF) haben ihre Zusammenarbeit bei der Kofinanzierung von Vorhaben intensiviert und die Koordination ihrer Strategien und Aktivitäten in den Mitgliedsländern der CAF[1] und in gemeinsamen vorrangigen Tätigkeitsbereichen verbessert. Sie haben beschlossen, im Hinblick auf die gegenseitige Nutzung von Erfahrungen und Know-how Informationen auszutauschen. Diese Zusammenarbeit in Bereichen, die von gegenseitigem Interesse sind, wird zu einer besseren Umsetzung gemeinsamer Entwicklungsziele beitragen, erklärten EIB-Vizepräsident Carlos Costa und CAF-Präsident L. Enrique García anlässlich der Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung in Luxemburg im Januar 2009.

Seit 1993 hat die EIB vier aufeinanderfolgende Finanzierungsmandate für Asien und Lateinamerika umgesetzt. Im Rahmen des derzeit geltenden Mandats (ALA IV), das den Zeitraum 2007-2013 abdeckt, ist die EIB ermächtigt, Finanzierungen bis zu einer Obergrenze von 3 Mrd EUR für Vorhaben bereitzustellen, die die Präsenz der EU in der Region durch ausländische Direktinvestitionen und den Transfer von Technologie und Know-how stärken und zur Bekämpfung des Klimawandels beitragen. Der Höchstbetrag von 3,8 Mrd EUR für diese Regionen ist in zwei Richtbeträge aufgeteilt, und zwar in höchstens 2,8 Mrd EUR für Lateinamerika und höchstens 1 Mrd EUR für Asien.

Die Corporación Andina de Fomento wurde 1970 in Caracas, Venezuela, gegründet. Sie ist eine multilaterale Finanzierungsinstitution, die Mittel von den internationalen Kapitalmärkten nach Lateinamerika leitet und dort eine breite Palette von Bankdienstleistungen sowohl für den öffentlichen als auch für den privaten Sektor ihrer Mitgliedsländer anbietet. Die Institution ist der nachhaltigen Entwicklung und der regionalen Integration verpflichtet und fördert die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen ihren lateinamerikanischen und karibischen Mitgliedsländern und Europa. Derzeit ist Spanien ein nicht zur Region gehörendes Mitgliedsland der CAF. Gespräche über die Aufnahme von Portugal und Italien als Mitglieder der CAF sind im Gange. ■

[1] Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Columbien, Costa Rica, Dominikanische Republik, Ecuador, Jamaika, Mexiko, Panama, Paraguay, Peru, Spanien, Trinidad und Tobago, Uruguay, Venezuela.

Mercedes Sendín de Caceres,
Hauptabteilung Kommunikation

Ausbau des Panamakanals

Alberto Barragán
Susan Antz
Pierre Poinsignon
Manuel Fernández-Riveiro

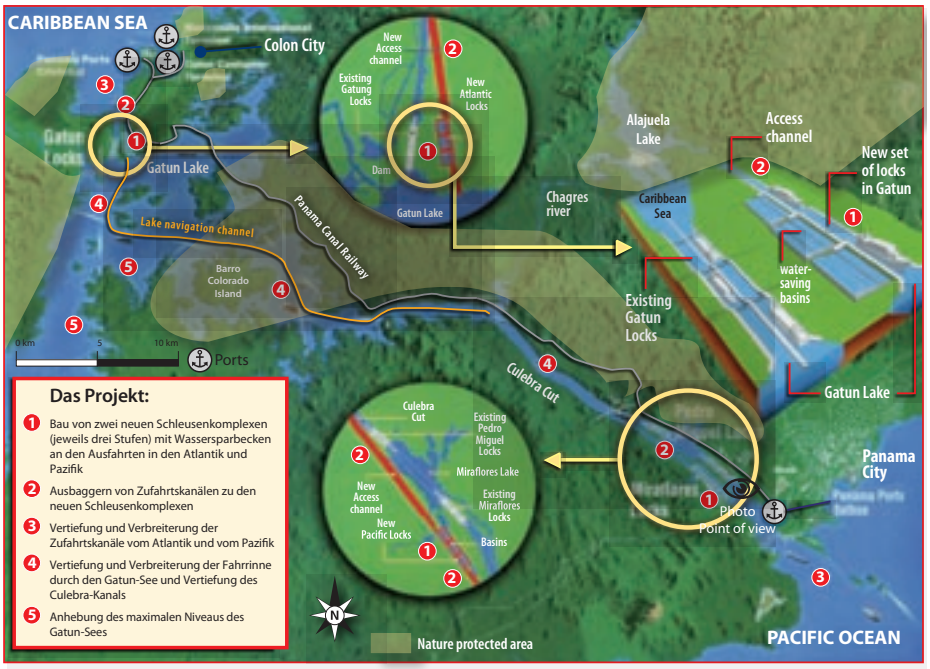
EIB und andere IFI stellen Finanzierung für den Ausbau des Panamakanals bereit

Vor kurzem wurde mit der ersten großen Erweiterung des Panamakanals seit seiner Eröffnung im Jahr 1914 begonnen. Um das ehrgeizige, 6 Mrd USD teure Ausbauvorhaben zu unterstützen, stellen die Europäische Investitionsbank, die Interamerikanische Entwicklungsbank, die International Finance Corporation, die Andean Development Corporation und die Japanese Bank for International Cooperation insgesamt 2,3 Mrd EUR im Rahmen eines sogenannten Club Deals bereit. Der verbleibende Teil der Investitionskosten wird durch den Cashflow finanziert werden, den die Kanalgesellschaft aufgrund der Gebühren für die Schiffsdurchfahrten erwirtschaftet.

Es ist erst das zweite Mal in der Geschichte des Panamakanals, dass Fremdmittel für seine Finanzierung aufgenommen wurden: Das erste Mal war in den 1880er Jahren, als eine französische Gesellschaft unter der Leitung von Ferdinand Lesseps – der zehn Jahre zuvor den Suez-Kanal gebaut hatte – die Konzession für den Bau eines durch Panama gehenden Kanals zwischen dem Atlantik und dem Pazifik erhielt und sich dafür Kapital beschaffte. Rund 125 Jahre später, im Jahr 2008, hat sich nun die Kanalbehörde Autoridad del Canal de Panamá (ACP) um eine Finanzierung von 2,3 Mrd USD für den Ausbau bemüht, um genau den Gedanken, dessen Verwirklichung Lesseps versucht hatte, weiterzuführen. Zwischen diesen beiden Daten kamen sämtliche Mittel, die jemals für den eigentlichen Bau oder die Instandhaltung des Kanals benötigt wurden, entweder aus dem US-Staatshaushalt oder aus dem von der Kanalgesellschaft erwirtschafteten Cashflow.

Die Geschichte des Panamakanals in Kürze

Die Geschichte des Panamakanals ist eng mit der Existenz Panamas als unabhängige Nation verknüpft. Die Idee für den Bau einer Wasserstraßenverbindung zwischen dem Atlantik und dem Pazifischen Ozean reicht zurück ins XVI. Jahrhundert. 1525 gab Karl V. (Karl I von Spanien) zum ersten Mal eine Vermessung der zentralamerikanischen Landenge und den ersten Plan für einen Verbindungskanal zwischen den beiden Ozeanen in Auftrag. Anfang des XIX. Jahrhunderts weckte der deutsche Forscher Alexander von Humboldt erneutes Interesse an dem Projekt, und 1819 genehmigte die spanische Regierung offiziell den Bau eines Kanals. Dieser Prozess wurde durch den Kampf mehrerer lateinamerikanischer Kolonialgebiete für ihre Unabhängigkeit von den Mutterländern im XIX. Jahrhundert unterbrochen. 1880 erhielt die Gesellschaft von Ferdinand Lesseps von Kolumbien die Konzession für den Bau eines durch Panama gehenden Kanals auf Meeresniveau. Die Aushubarbeiten und Felsdurchstiche fanden zwischen 1881 und 1888 statt. Technische Probleme, Unzulänglichkeit der Maschinen, Erdrutsche, logistische Probleme und durch Moskitos übertragene schwere Krankheiten in einem feuchten und tropischen Klima führten zu großen Rückschlägen. Schon Anfang 1883 erkannte man, dass ein Kanal auf Meeresniveau wegen des unterschiedlichen Tidenhubs des Atlantik und des Pazifischen Ozeans nicht zu realisieren sein würde. Die Kanalgesellschaft geriet in finanzielle Schwierigkeiten, und 1899 gaben die Franzosen schließlich den Versuch auf, den Panamakanal zu bauen. Bis dahin waren jedoch schon insgesamt 59,75 Mio Kubikmeter Erdmassen ausgehoben worden, und der Wert



der bis dahin geleisteten Arbeiten belief sich auf rund 25 Mio USD.

1899 gründete der amerikanische Kongress eine „Isthmische Kanalkommission", und die französische Gesellschaft verkaufte ihre Aktiva für 40 Mio USD an die USA. Mit Unterstützung der USA erklärte Panama im Jahr 1903 seine Unabhängigkeit von Kolumbien, und die USA und der neue Staat Panama unterzeichneten den Hay-Buneau-Varilla-Vertrag, durch den die USA die Unabhängigkeit Panamas garantierten und sich im Gegenzug ein dauerhaftes Nutzungsrecht an einem 10 Meilen breiten Landstreifen entlang des Kanals sicherten. 1904 wurden die Bauarbeiten von den USA wiederaufgenommen. Der Kanal wurde mit Staustufen konstruiert, die die Schiffe stufenweise auf 26 m ü. NN anheben. 1914 wurde der Panama-Kanal schließlich eingeweiht.

Omar Torrijos, ein General, der 1968 durch einen Militärputsch in Panama an die Macht gekommen war, handelte mit der Carter-Regierung die Rückgabe des Kanals an Panama aus. Dies wurde durch den Torrijos-Carter-Vertrag im Jahr 1977 besiegelt, durch den die Autonomie über den Kanal am 31. Dezember 1999 auf Panama überging. Nahezu sieben Jahre danach, im Oktober 2006, wurde der Ausbau des Panamakanals durch einen Volksentscheid klar befürwortet.

Und 31 Jahre nachdem Omar Torrijos den Vertrag unterzeichnet hatte, der Panama die Autonomie über den Kanal übertrug, war sein Sohn Martín Torrijos, der 2004 demokratisch gewählte Präsident von Panama, bei der Unterzeichnung der Finanzierungsverträge anwesend, durch die 2,3 Mrd USD für das ehrgeizige, 6 Mrd USD teure Ausbauprogramm bereitgestellt wurden, um ACP die erste Erweiterung seit der Inbetriebnahme des Kanals im Jahr 1914 zu ermöglichen. Die Finanzierung wurde als sogenannter Club Deal arrangiert, an dem die Europäische Investitionsbank, die Interamerikanische Entwicklungsbank, die International Finance Corporation, die Andean Development Corporation und die Japanese Bank for International Cooperation beteiligt sind. Die Ausbauarbeiten dürften 2014 fertig gestellt sein, und das Einweihungsdatum für das Projekt wurde bereits festgelegt: auf den Tag genau 100 Jahre nach der ersten Einweihung des Kanals.

Ein einzigartiges Projekt

Der Panama-Kanal ist eine 80 km lange Wasserstraße, die den Atlantik und den Pazifischen Ozean durch ein integriertes System von Schleusen und Fahrrinnen verbindet. Vom Atlantik zum Pazifischen Ozean passieren Schiffe zunächst die Schleusen auf der atlantischen Seite, dann den Gatunsee (ein Stausee, der rund 27 m ü. NN liegt und für den Kanal angelegt wurde), einen im Inland verlaufenden Kanalabschnitt und schließlich die Schleusen auf der pazifischen Seite (siehe Längsprofil). Die Durchfahrtszeit beträgt im Durchschnitt 8 Stunden. Die Abmessungen der Schleusen erlauben die Durchfahrt sogenannter Panamax-Schiffe, die Containerschiffen mit einer Kapazität von bis zu 4 500 TEU entsprechen. Die Schleusenanlagen sind zur Zeit sowohl auf der atlantischen als auch auf der pazifischen Seite doppelt nebeneinander angelegt, um den Gegenverkehr zu ermöglichen.

Der Panama-Kanal hat eine begrenzte Kapazität, die durch die Betriebszeiten und -zyklen der vorhandenen Schleusen bestimmt wird. Neben den technischen Aspekten gibt es auch eine Reihe anderer markt- und wetterbedingter Faktoren, die die maximal tragbare Kapazität des Kanals beeinflussen. Der wichtigste Faktor sind die verschiedenen Größen, Konfigurationen und Arten von Schiffen, die den Kanal passieren. Je größer die Schiffe sind, desto weniger Durchfahrten kann der Kanal bewältigen. Dies liegt zum Teil daran, dass größere Schiffe länger brauchen, um die Schleusen und Fahrrinnen zu passieren. Außerdem gibt es bei diesen großen Schiffen mehr betriebliche

Einschränkungen: Sie können z.B. den Gaillard-Kanal nur tagsüber befahren und die Schleusenanlage nur in einer Richtung nutzen. In den vergangenen fünf Jahren hat die durchschnittliche Größe der Schiffe, die den Kanal passieren, um 20% zugenommen. Die zunehmende Größe der Schiffe führte zunächst zu einer Verringerung der Passagezahlen, da zunehmende Frachtmengen auf immer größeren Schiffen transportiert wurden. Im Laufe von 2005 passierten mehr als 80% des Frachttransports den Kanal auf großen Schiffen. Seit 2004 geht jedoch die Gesamtzunahme der Frachtmenge mit gestiegenen Passagezahlen einher, da ein großer Teil des Frachtaufkommens bereits mit den Schiffen, die für die jeweilige Route am effizientesten sind, transportiert wird. Bei der derzeitigen Kapazität des Kanals wird es daher schwieriger werden, das zunehmende Verkehrsaufkommen — sowohl hinsichtlich der Größe als auch der Zahl der Schiffe — zu bewältigen.

Die maximale Kapazität des Kanals wird auch durch das Dienstleistungsniveau beeinflusst, das die Benutzer fordern. Die Kanalroute ist nur dann wettbewerbsfähig, wenn sie dem internationalen Seehandel eine zuverlässige und sichere Durchfahrt ermöglicht. Dies ist besonders für die Segmente wichtig, die hochwertige Fracht befördern, wie Containerschiffe, die den Hauptanteil an der Verkehrszunahme im Kanal haben. Im Geschäftsjahr 2007 entfielen 55% der Gebühreneinnahmen auf dieses Segment. Containerschiffe benutzen regelmäßige Routen, auf denen vorher festgelegte Häfen angelaufen werden. Jede größere Verzögerung an irgendeinem Punkt der Route verursacht hohe Kosten und wirkt sich auf das nachfolgende Anlegen in Häfen aus. Verzögerungen bei der Kanaldurchfahrt führen nicht nur zu höheren Kosten sowohl für die Schiffseigner als auch für die Ladungseigentümer, sondern auch zu anderen Verzögerungen, da der Reeder die Liegezeiten im Hafen für das Löschen und Laden neu planen muss. Außerdem entstehen zusätzliche, nicht eingeplante Kosten für den Frachttransport auf dem Landweg, wenn ein Schiff einen Hafen auslassen muss, um wieder auf seine Route zu kommen. Daher haben Änderungen der Dienstleistungsqualität der Kanalanlagen spürbare Auswirkungen auf den Containerverkehr, weshalb Zuverlässigkeit zu den wichtigsten Faktoren bei der Auswahl der benutzten Routen und Wege zählt.

Die maximale Kapazität der vorhandenen Kanalanlagen wird auf rund 340 Mio t pro Jahr geschätzt, was rund 14 000 Schiffsdurchfahrten pro Jahr entspricht. Trotz des Dauerbetriebs des Kanals (24 Stunden an 7 Tagen) kann die gestiegene Nachfrage nicht mehr bewältigt werden. Der Panamakanal ist heute so gefragt, dass Schiffe manchmal mehrere Tage lang in einer Reihe vor der Wasserstraße liegen und auf die Durchfahrt warten. Außerdem sind heute viele Schiffe zu groß für die Abmessungen des Kanals. Dies betrifft insbesondere die größeren Containerschiffe. Diese sogenannten Post-Panamax-Schiffe können die Wasserstraße nicht nutzen und müssen daher lange Umwege für den Transport ihrer Fracht in Kauf nehmen.

Der Ausbau des Panamakanals wird dieses Problem lösen, da neben den bestehenden paarweisen Einrichtungen eine dritte Reihe mit größeren Schleusen an jedem Ende des Kanals gebaut wird. Die Länge und Breite der neuen Schleusen wird ausreichen, um die Durchfahrt von Post-Panamax-Schiffen zu ermöglichen, die Containerschiffen mit einer Kapazität von bis zu 12 000 TEU entsprechen. Darüber hinaus werden die vorhandenen Fahrrinnen ausgebaggert werden, und der Höchstpegel des Gatunsees wird um etwa 0,5 m angehoben werden. Der Kanal wird während der Ausbauarbeiten in Betrieb bleiben. Die neuen Schleusen werden Becken mit wiederverwendbarem Wasser haben, sodass der Wasserverbrauch um 60% gesenkt werden kann. Die maximale Durchfahrtkapazität des ausgebauten Kanals wird auf 600 Mio Tonnen pro Jahr geschätzt, was 16 000 Durchfahrten pro Jahr entspricht, obwohl größere Schiffe den Kanal befahren werden. Von der ACP in Auftrag gegebene Marktstudien haben ein Nachfrageszenario ergeben, wonach sich das Verkehrsaufkommen auf dem Kanal in den nächsten 20 Jahren aller Wahrscheinlichkeit nach fast verdoppeln wird, wobei der durchschnittliche Anstieg pro Jahr mit etwa 3% veranschlagt wird.

Das Projekt wird sich in zweifacher Hinsicht positiv auswirken. Schiffe der Post-Panamax-Klasse werden in die neuen Schleusen passen, und durch die erweiterte Kapazität der Wasserstraße werden Wartezeiten verringert und die Zuverlässigkeit des Betriebs erhöht. Außerdem wird sich die verbesserte Wettbewerbsfähigkeit des Kanals gegenüber alternativen Routen positiv auf die Umwelt auswirken, da die Treibhausgasemissionen pro Beförderungseinheit sinken werden. Der erweiterte Kanal wird somit nicht nur für Panama und seine Bevölkerung, sondern für die ganz Welt große wirtschaftliche Vorteile bringen.

Europäisches Interesse

Das Projekt hat neben seinen ökologischen und wirtschaftlichen Vorteilen auch Auswirkungen auf den europäischen Handel. Auf Verkehr mit Ursprung oder Ziel in Europa entfallen rund 15% des gesamten Verkehrs auf dem Panamakanal. Die Bedeutung des Ausbauvorhabens für den Handel der EU mit der Westküste Nord- und Südamerikas und in geringerem Umfang auch mit Asien ist daher offenkundig. Während ihres Panama-Besuchs im Dezember 2007, bei dem auch die EIB vertreten war, gab EU-Kommissarin Benita Ferrero-Waldner das Interesse der EU an dem Projekt bekannt. Carlos Costa, Vizepräsident der EIB, besuchte das Land im Februar 2007, um mit Vertretern des Staates zusammenzukommen und die Bereitschaft der Bank, sich an der Finanzierung zu beteiligen, zu zeigen. Neben dem strategischen Interesse der EU gibt es auch ein wirtschaftliches Interesse der europäischen Unternehmen an den Planungs-, Bau- und Ausbaggerarbeiten für dieses zur Zeit größte Infrastrukturvorhaben in Lateinamerika, das für sie sehr attraktiv ist.

Finanzierung in der Kreditkrise

Die Diskussionen über die Finanzierung des Projekts begannen kurz nach dem Volksentscheid von 2006, d.h. vor dem Anfang der

Kreditkrise. Zu diesem Zeitpunkt stand dem Darlehensnehmer eine breite Palette von Finanzierungsinstrumenten und -quellen zur Verfügung, wie Darlehen von Geschäftsbanken, Anleihen, Darlehen von Exportkreditagenturen und multilateralen Institutionen. Die Kanalbehörde ACP erzielte solide Einnahmen aus den Durchfahrtsgebühren — jährlich werden rund 5% der weltweiten Seefracht durch den Kanal transportiert — und konnte daher etwa die Hälfte der Ausbaukosten aus ihrem eigenen Cashflow finanzieren. Aber die ACP benötigte immer noch rund 2,3 Mrd USD, um die Finanzierung zu vervollständigen. Als sich die weltweite Finanzkrise zuspitzte, erkannte der Darlehensnehmer bald, dass die multilateralen Institutionen weiterhin an dem Projekt interessiert waren und ihm die notwendigen Laufzeiten anbieten konnten. Sie brachten auch die geografische Vielfalt mit, auf die der Darlehensnehmer von Anfang an Wert legte, da Banken aus Japan, den USA, Europa und Lateinamerika Angebote machten. Geschäftsbanken fungierten in einigen Fällen als B-Darlehensgeber durch ihre Einbindung in die Darlehensstrukturen einiger multilateraler Institute.

Die Geldgeber mussten eine gemeinsame Plattform finden, die sowohl die Bedürfnisse des Darlehensnehmers als auch die spezifischen Anforderungen der einzelnen Finanzierungsinstitutionen erfüllte. Die Tatsache, dass fünf öffentliche Banken von drei Kontinenten ein Dokument mit allgemeinen Vertragsbedingungen aushandelten und unterzeichneten und dafür vom ersten Entwurf bis zur endgültigen Fassung nur sechs Monate benötigten, wird unter diesen Bedingungen als ein großer Erfolg und ein hervorragendes Beispiel der erfolgreichen Zusammenarbeit auf multilateraler Basis gewertet. Diese Form der Kooperation könnte auch als solide Basis für künftige Transaktionen dienen und als solche zur Vereinfachung und Angleichung manchmal schwerfälliger Verwaltungsanforderungen führen. ■

Neues JASPERS-Büro in Sofia

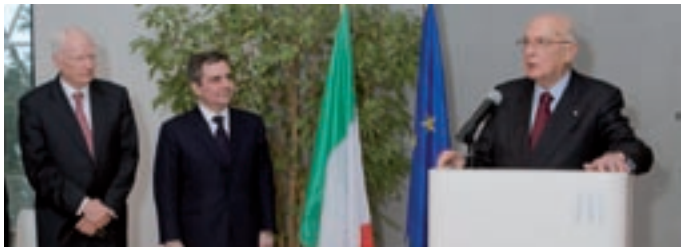
Jaspers
Joint Assistance to Support Projects in European Regions

Am 3. April 2009 eröffnete die EIB ein neues JASPERS-Büro in der bulgarischen Hauptstadt Sofia, um Kunden in Bulgarien effizienter bei der Ausarbeitung von Vorhaben zu unterstützen, die für Zuschüsse der EU in Betracht kommen. Mit der Einrichtung dieses Büros wird auf die wachsende Anzahl von Aufgabenstellungen in Bulgarien und die voraussichtliche Entwicklung bei der Zahl der Projekte reagiert. Außerdem wird es als neue Schnittstelle fungieren und es somit erleichtern, die im Rahmen von JASPERS bereitgestellte Sachkenntnis weiterzugeben. Im Büro in Sofia werden die JASPERS-Mitarbeiter aus dem Büro in Bukarest tätig sein, die von den JASPERS-Teams in Luxemburg, Wien und Warschau unterstützt werden.

„JASPERS" ist die Abkürzung für „Joint Assistance to Support Projects in European Regions", also die gemeinsame Hilfe bei der Unterstützung von Projekten in europäischen Regionen. Diese Initiative wurde von der Europäischen Kommission, der EIB, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sowie von der KfW Bankengruppe eingerichtet, um die zwölf Mitgliedstaaten, die der EU 2004 und 2007 beigetreten sind, dabei zu unterstützen, Strukturfondsmittel der EU rascher und effizienter zu nutzen. Im Zeitraum 2006-April 2009 wurden im Rahmen von JASPERS 116 Projekte betreut, und für mehr als 400 Vorhaben, die — wenn sie von der Europäischen Kommission genehmigt werden — Investitionen von mehr als 50 Mrd EUR zur Folge haben werden, wird aktiv Hilfestellung geleistet. Weitere Informationen über JASPERS sind auf der folgenden Website abrufbar: http://www.jaspers-europa-info.org/. ■

Adresse des JASPERS-Büros in Sofia:
2a Saborna Street
1000 Sofia – Bulgarien
(+ 359-2) 9264 290/291/292/293/294
jaspers@eib.org

Matthias Kollatz-Ahnen, EIB-Vizepräsident, mit Medlena Plugchieva, stellvertretende bulgarische Ministerpräsidentin, und EIB-JASPERS-Mitarbeitern



EIB-Präsident Philippe Maystadt und EIB-Vizepräsident Dario Scannapieco begrüßten den italienischen Staatspräsidenten Giorgio Napolitano

Italiens Präsident Giorgio Napolitano zu Besuch bei der EIB

EIB-Präsident Philippe Maystadt und der für Finanzierungen in Italien, Malta sowie in den Ländern des Westbalkans zuständige Vizepräsident Dario Scannapieco begrüßten am 4. Februar am Sitz der EIB in Luxemburg den Präsidenten der Republik Italien Giorgio Napolitano. Dies war der erste offizielle Besuch eines italienischen Staatspräsidenten seit der Gründung der EIB im Jahr 1958.

Giorgio Napolitano traf sich zunächst mit den für die operativen Aktivitäten der EIB verantwortlichen Führungskräften und anschließend in Begleitung seiner Frau Clio mit den italienischen Mitarbeitern der Bank.

Die Zivilgesellschaft im Mittelpunkt: neue Subsite auf der EIB-Website

Anlässlich des alljährlich stattfindenden Briefings für Organisationen der Zivilgesellschaft (CSO), zu dem EIB-Vizepräsident Philippe de Fontaine Vive am 9. Februar in Brüssel eingeladen hatte, hat die EIB eine Subsite über ihre Beziehungen zur Zivilgesellschaft eingerichtet. Mit dieser Inititative soll der Dialog zwischen der EIB und den CSO einschließlich Nichtregierungsorganisationen (NRO) verstärkt werden. Die EIB will so auch diesen Organisationen gegenüber sichtbarer werden und ihre Transparenz sowie ihre Glaubwürdigkeit erhöhen.

Die EIB-Webseiten über ihre Beziehungen zur Zivilgesellschaft bieten Informationen über eine Reihe von Aktivitäten, die für die und gemeinsam mit den CSO organisiert werden. Die Subsite wurde eigens mit dem Ziel konzipiert, den Zugang zu Informationen und Unterlagen zu vereinfachen. Darüber hinaus liegt der Schwerpunkt der Seiten auf den Grundsätzen und Verfahren für öffentliche Anhörungen zu ausgewählten EIB-Zielen, und mit der Bereitstellung von Informationen zu Themen von besonderem öffentlichem Interesse werden projektbezogene Fragen und Kommentare von CSO beantwortet.

EIB-Vizepräsident de Fontaine Vive ist für die Beziehungen der EIB zur Zivilgesellschaft zuständig. In einem speziell für den Start der Subsite produzierten kurzen Einführungsfilm erläutert er den Ansatz und die Dynamik der Beziehungen der Bank zu den CSO. Der Film ist auf der Subsite unter http://www.eib.org/about/partners/cso/index.htm einsehbar.

Die Subsite steht derzeit in englischer Sprache zur Verfügung. In Kürze können auch eine französische und eine deutsche Version abgerufen werden. ■

Viviana Siclari,
Hauptabteilung Kommunikation

« Regards croisés » – Gemeinsame Ausstellung der Kunstwerke von EIB und BCEE

Die EIB und die Banque et Caisse d'Epargne de l'Etat de Luxembourg (BCEE) feiern das 40-jährige Bestehen ihrer Geschäfts- und Finanzbeziehungen. Aus diesem Anlass haben sie einen Teil ihrer Kunstsammlungen für die Zeit einer gemeinsamen Ausstellung mit dem Titel „Regards croisés" ausgetauscht.

Die EIB hat der BCEE eine Auswahl von 93 Werken von über 50 Künstlern aus 17 verschiedenen Ländern für deren Ausstellung „Le papier dans tous ses états" (Februar bis April 2009) in der Galerie „Am Tunnel" in der Stadt Luxemburg zur Verfügung gestellt.

Die Ausstellung zeigt, wie europäische Künstler verschiedener Generationen und Richtungen gekonnt den ganzen Reichtum an Möglichkeiten eines gemeinsamen Mediums — in diesem Fall das Papier — genutzt haben. Die Arbeiten — darunter auch Fotoabzüge — lassen höchst anspruchsvolle Experimente erkennen und stellen bisweilen den groben Umriss einer Skulptur oder eines Gemäldes dar oder reflektieren das einzigartige Universum eines Künstlers.

Seit ihrer Gründung im Jahr 1958 erwirbt die EIB Kunstwerke. Mittlerweile umfasst ihre Sammlung 350 Werke (Gemälde, Skulpturen, Installationen, Arbeiten auf Papier, Fotografien) von Künstlern aus Ländern der Europäischen Union. Es geht ihr dabei nicht nur um den Kauf von Kunstwerken zur Dekoration der Büros sondern vielmehr um eine „sozial verantwortungsvolle Investition", mit der sie oft noch sehr junge oder wenig bekannte Künstler unterstützt.

Die Auswirkung des von Menschen verursachten städtischen Wandels und die Beziehung des Menschen zu seiner natürlichen Umwelt stehen im Mittelpunkt von etwa 60 Werken der BCEE, die in diesem Zeitraum im Gebäude der EIB ausgestellt werden.

Die Ausstellung umfasst eine außergewöhnlich umfangreiche Palette visueller Qualitäten und Formate. Einige Bilder zeigen und verherrlichen menschliche Kreationen, während andere die Schändung öffentlicher Plätze und die Schäden an der Natur anprangern und auf die potenziell entmenschlichende Wirkung der Menschheit hinweisen. Schließlich erinnern uns einige Werke an eine Welt, die nicht mehr existiert und die von „Menschenhand" zerstört wurde. ■

Victor Rod, Präsident des Verwaltungsrats der BCEE, und EIB-Vizepräsident Carlos da Silva Costa, Vorsitzender des Kunstausschusses

Daniela Sacchi-Cremmer,
Hauptabteilung Kommunikation

Das Informationsmagazin der Europäische Investitionsbank-Gruppe

Europäische Investitionsbank
98-100, boulevard Konrad Adenauer
L-2950 Luxembourg
(+352) 43 79 1 – (+352) 43 77 04
www.eib.org – info@eib.org

Außenbüros:

Belgien
(+32-2) 235 00 70 – (+32-2) 230 58 27
Deutschland
(+49-30) 59 00 47 90 – (+49-30) 59 00 47 99
Finnland
(+358) 106 18 08 30 – (+358) 92 78 52 29
Frankreich
(+33-1) 55 04 74 55 – (+33-1) 42 61 63 02
Griechenland
(+30-210) 68 24 517 – (+30-210) 68 24 520
Italien
(+39) 06 47 19 1 – (+39) 06 42 87 34 38
Österreich
(+43-1) 505 36 76 – (+43-1) 505 36 74
Polen
(+48-22) 310 05 00 – (+48-22) 310 05 01
Portugal
(+351) 213 42 89 89 – (+351) 213 47 04 87
Rumänien
(+40-21) 208 64 00 – (+40-21) 317 90 90
Spanien
(+34) 914 31 13 40 – (+34) 914 31 13 83
Vereinigtes Königreich
(+44) 20 73 75 96 60 – (+44) 20 73 75 96 99
Ägypten
(+20-2) 33 36 65 83 – (+20-2) 33 36 65 84
Ankara
(+90-312) 405 60 50/51 – (+90-312) 446 85 0
Istanbul
(+90) 212 319 76 04 – (+90) 212 319 76 00
Karibik
(+596) 596 74 73 10 – (+596) 596 56 18 33
Kenia
(+254-20) 273 52 60 – (+254-20) 271 32 78
Marokko
(+212) 37 56 54 60 – (+212) 37 56 53 93
Pazifik
(+61-2) 82 11 05 36 – (+61-2) 82 11 05 38
Senegal
(+221) 338 89 43 00 – (+221) 338 42 97 12
Südafrika
(+27-12) 425 04 60 – (+27-12) 425 04 70
Tunesien
(+216) 71 28 02 22 – (+216) 71 28 09 98

Europäischer Investitionsfonds
96, boulevard Konrad Adenauer
L-2968 Luxembourg
(+352) 42 66 88 1 – (+352) 42 66 88 200
www.eif.org – info@eif.org

Ein aktualisiertes Adressenverzeichnis der Außenbüros ist der Website der EIB zu entnehmen.

QH-AA-09-134-DE-C

©EIB - 04/2009 - DE

Vorzumerkende Termine

- **9. Mai 2009** – EU-Institutionen – Offener Tag. Luxemburg und Brüssel
- **10.-11. Mai 2009** – 6. FEMIP-Konferenz „Finanzierung einer nachhaltigen Wasserversorgung und der Klimawandel im Mittelmeerraum", Monaco
- **15. Mai 2009** – EIB-CSO Workshop, Brüssel
- **9. Juni 2009** – Jahressitzung 2009 des Rates der Gouverneure, Luxemburg

Weitere Informationen und Anmeldung unter www.eib.org/events

Neue Veröffentlichungen der EIB

Januar 2009

- Die Umwelt- und Sozialprinzipien und -standards der EIB – endgültiger Entwurf
- FEMIP-Treuhandfonds

Februar 2009

- Informationsbroschüre zur Diversitätsstrategie der EIB
- Investitionsfazilität und Darlehen aus eigenen Mitteln der EIB — Überblick über Bedingungen und Modalitäten
- Technische Hilfe für die Projektvorbereitung — JASPERS
- Die Umwelt- und Sozialprinzipien und -standards der EIB
- FEMIP für den Mittelmeerraum
- Operativer Gesamtplan 2009-2011
- FEMIP-Instrumente
- Die Rolle der EIB bei der Finanzierung nachhaltiger Stadtverkehrsprojekte

März 2009

- Tätigkeit der EIB in Spanien: 1981-2008
- Finanzierungen der EIB für TEN-Vorhaben
- Infrastruktur-Treuhandfonds EU-Afrika — Kurzbeschreibung

Jahrespressekonferenz – März 2009

Die EIB veröffentlichte 16 Hintergrundinformationen über ihre Tätigkeit im Jahr 2008, die sämtliche operativen Ziele abdeckten. **www.eib.org/about/events/annual-press-conference-2009.htm.**

Alle Broschüren sind entsprechend der Nachfrage des Publikums und den Geschäftsanforderungen in verschiedenen Sprachen erhältlich. Sie können unter www.eib.org/publications kostenfrei abgerufen werden.